

Roten Fahnen heraus für Liste 3

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Postfach 43902. Breslau.
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlagsanstalt: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Einheitsfront-Appell der Oppositionsgruppe im BAV., Zahlstelle Porembo / Siehe im Innern des Blattes

Warnmierende Tatsachen

Was geht hinter den Kulissen vor? / Leipziger Urteil und was werden Braun und Severing tun? / Sie werden mit Papen und Bracht zusammenarbeiten! / Und die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter müssen mit uns Kommunisten in der roten Einheitsfront kämpfen / Jede proletarische Stimme deshalb für die Liste 3!

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtber.) Gestern fand eine Unterredung des Kanzlers Papen mit dem Reichsinnenminister und dem preußischen Kommissar Bracht über das Leipziger Urteil statt. Der der Regierung nahestehende Presse zufolge hat die Papen-Regierung die Rechtfertigung des 20. Juli durch den Staatsgerichtshof zur Kenntnis genommen. Die bisherigen Maßnahmen auf Grund der Verordnung vom 20. Juli bleiben bestehen, und der Reichskommissar werde seine Zuständigkeit bis zum letzten ausschöpfen. Die Papen-Regierung werde, wenn etwa das Verhalten der alten preußischen Regierung im Reichsrat, Staatsrat, Reichstag oder Landtag „den Bestand des preußischen Staates oder die Ruhe und Ordnung gefährdet“, neue weitere Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 treffen, die ja auch in der Leipziger Urteilsbegründung zugelassen sind.

Die alte Preußenregierung Braun veröffentlicht eine Mitteilung, die zum Schein ein wenig „oppositionell“ gehalten ist, jedoch in dem vielversprechenden Schlusssatz mündet, daß sich die Braun-Severing „bei ihren weiteren Schritten von strengster Sachlichkeit leiten lassen“. Die alte Preußenregierung wird heute eine Sitzung abhalten, und es wird bereits mitgeteilt, daß sie keinerlei Beschlüsse fassen wird, und daß jede Beschlussfassung „bis nach dem 6. November zurückgestellt wird“. Die Braun und Severing werden sich, darüber können die schädelopfernden Phrasen der SPD-Presse nicht einen Augenblick täuschen, dem Reichskommissar unterordnen. So sind auch die Meinungen der „Vossischen Zeitung“ und anderer Blätter „über die Meinungsverschiedenheiten im einzelnen muß ein Kompromiß hinweghelfen“ von heute zu verstehen, die offenbar von der Braun-Regierung veranlaßt sind, um die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens von Papen und Braun zu unterstreichen. Dieses „Kompromiß“ der Braun und Severing, die nach dem Leipziger Urteil den Ministerämtern bürden und die Ministergehälter bekommen, aber keine Machtbefugnisse haben, während der Reichskommissar alle Machtbefugnisse behält.

Der Reichskanzler von Papen hat in seiner Montagsrede vor den Handwerksvertretern die reformistischen Gewerkschaftsführer zur aktiven Mitarbeit an seinem Programm eingeladen. Dabei hat er die Ausführungen Tarnows auf der Bundesversammlung des ADGB, daß die Gewerkschaftsbürokratie dem Wirtschaftsprogramm Papens eine Möglichkeit geben wolle, ausdrücklich begrüßt. Die sozialdemokratische „Vollmacht“ hat diesen Teil der Papen-Rede ihren Lesern unterbreitet.

Gleichzeitig hat das „Berliner Tageblatt“ gemeldet, daß die Gewerkschaftsbürokratie am Werk ist, die Streikwelle abzuwürgen und die reformistischen Betriebsfunktionäre zu einer Politik der „Ver-

ständigung“ mit dem Unternehmer zwecks Durchführung des Lohnabbaues zu veranlassen; diese Haltung entspreche der oben erwähnten Erklärung Tarnows, daß die Gewerkschaften dem Wirtschaftsprogramm Papens „eine Chance“ geben wollen. Diese ungeheuerliche Verräterpolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer enthält zugleich ihr Zusammenspiel mit der Papen-Regierung!

Der Zentrumsführer Dr. Raas hat die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zu einer „ganz großen Volksgemeinschaft“ aufgefordert, die von Breitscheid und Leipart bis zu Straffer und Hiller reichen soll.

Die „Tägliche Rundschau“, die dem Reichswehrminister v. Schleicher nahesteht, propagiert die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit den Nazis, die sogenannte „dritte Front“.

Der „Vorwärts“ vom 22. Juli veröffentlichte die Tatsache der gemeinsamen Verhandlungen des ADGB-Führers Furtwängler mit dem Nazisführer Gregor Straffer.

Die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ veröffentlichte Mitte September eine Rede des Parteivorstandsmitglieds der SPD, Fritz Ebert jun., die ein offenes Bekenntnis zum „deutschen Sozialismus“ war.

Leipart selbst stredte in seiner Vernauer Rede (14. Oktober), deren Wortlaut die gesamte SPD-Presse ihren Lesern untergeschoben hat, die Hand entgegen, indem er sich ausdrücklich zum Nationalismus bekannte und hervorhob, daß ja die Gewerkschaften parteipolitisch nicht gebunden (daß also auch eine Verbindung mit den Nazis möglich) seien!

Gregor Straffer antwortete auf dieses Angebot (20. Oktober) mit einer offenen Einladung zur Zusammenarbeit, indem er hervorhob, daß die Rede Leiparts „weite Aussblicke für die Zukunft“ eröffne.

So spinnen sich die Fäden herüber und hinüber! So wird eine Entwicklung vorangetrieben, welche die deutschen Arbeitermassen mit höchster Erregung erfüllen muß. Denn um was handelt es sich dabei?

Die deutsche Kapitalistenklasse sieht mit steigender Angst dem kommenden Hungerwinter entgegen.

Sie hat in den vergangenen Wochen zu ihrem Schrecken erlebt, wie die Einheitsfront in den Betrieben den Lohnabbau-Feldzug des Unternehmers zum Scheitern brachte. Sie bemerkt mit größter Sorge die neu erwachende Aktivität des Millionenheeres der hungernden Arbeitslosen. Sie fürchtet als die größte Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, daß die rote Einheitsfront weiter anwachsen wird, daß unter der Führung der Kommunisten das Kampf-

Keine Arbeiterstimme der SAP.

Breslau, den 26. Oktober.
Es vergeht kein Tag, wo nicht die Seydewitz, Walcher und Co. in der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ ihre Deke gegen die kommunistische Partei gerade jetzt im Wahlkampf steigern. Der Herr die KPD. zur SAP. gekommene Renegat Walcher, versucht in seinem Schmuckartikel in der Nummer 241 der SAZ die Aufstellung eigener Listen der SAP. mit Lügen und Verleumdungen gegen die Partei Lenins zu rechtfertigen.

Den Stimmenrückgang der Nazis versucht Walcher der Politik und den Maßnahmen der Kreise um Papen und Schleicher zuzuschreiben. Wir behaupten und können es tausendfach mit Tatsachen belegen, daß der Stimmenrückgang der NSDAP. in der Hauptsache auf den antifaschistischen Massenkampf und die Anwendung der Einheitsfrontpolitik gegenüber den proletarischen Naziwählern zurückzuführen ist. Die proletarischen Stimmen, die die NSDAP. am 31. Juli verlor, hat die kommunistische Partei gewonnen. Diese irregeführten proletarischen Naziwähler sind durch die wirkliche antifaschistische Politik der KPD. zur Erkenntnis gekommen, daß nur sie einzig und allein die Interessenvertreterin aller Ausgebeuteten ist. Und auch am 6. November werden sich Zehntausende weiterer nationalsozialistischer Wähler mit Abscheu von Hitler und Co. abwenden und sich zur roten Klassenfront bekennen.

Und trotz alledem behauptet Walcher froh, daß die Führung der KPD. mit ihrer „ultralinken“ Politik die Konterrevolutionäre aller Richtungen berart gestärkt und die KPD. selbst berart geschwächt habe, daß es ihr trotz größter Gunst der objektiven Lage nicht möglich ist, die Arbeiterklasse zum Kampf und Sieg zu führen. Selbst die SAP. Arbeiter werden bei dieser faustbilden Lüge mit dem Kopf schütteln, weil ja das reine Gegenteil der Wahrheit entspricht. Durch die Politik der KPD. ist der Hitler-Faschismus zurückgedrängt worden. Zur Ringen gegen alle Klassenfeinde des Proletariats ist die KPD. nicht nur dem Stimmengewinn nach gewachsen, sondern auch die Volksführung der Parteiorganisation selbst ist vorwärts getrieben worden. Die kommunistische Partei und die KPD. haben gerade erst in den letzten Wochen den erneuten Beweis geliefert, daß sie die Arbeiterklasse zum Kampf und Sieg führen. Dufende von Streiks sind unter Führung der KPD. gegen den Willen und die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer ausgelöst und siegreich beendet worden. Trotz dieser unumstößlichen Tatsachen behauptet Walcher, daß die KPD. aktionsunfähig sei.

Und einen Tag vorher hat auch Max Köhler einen Dreierartikel gegen die kommunistische Partei vom Stapel gelassen, in dem er unter anderem schreibt:

„Die Aufgabe unserer Partei (die SAP.) ist es, durch die Anspannung aller Kräfte alle revolutionären Arbeiter zu sammeln, um die Voraussetzungen für die Durchführung der proletarischen Revolution zu schaffen.“

Und in diesem Zusammenhang gestatten wir uns, kurz die wahre Rolle der SAP. aufzuzeigen. Hier in Breslau hat sie in Betrieben und Gewerkschaften zum großen Teil entscheidenden Einfluß. Und wie nutzt sie diesen Einfluß im Interesse der Arbeiterklasse aus? Auf Grund der Papen-Notverordnung will der Magistrat einen neuen Lohnabbau bei den Gemeindegewerkschaften vornehmen. Was hat die SAP. getan, um die Betriebe streikfertig zu machen? Sie hat auf Grund der Kampfbereitschaft der Gemeindegewerkschaften Entschlüsse auf Streik annehmen lassen, aber ohne Festlegung konkreter Maßnahmen zur Durchführung des Streiks. Wie ernst es die Schwarz u. Co. mit der Auslösung des Streikkampfes meinen, zeigt die Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Verhandlungen mit dem Magistrat weiter-

Gewaltige Thälmann-Kundgebung in Essen

Der Führer der KPD. begründete in ausführlicher begeisterter Kampfanrede das Manifest der KPD. gegen die Versailler Knechtschaft

Essen, 26. Oktober. (Eig. Drahtber.) Gestern abend fand in den Ausstellungshallen in Essen eine gewaltige Massenkundgebung statt, in der Genosse Thälmann sprach. Schon Stunden vor Beginn der Kundgebung waren beide Hallen überfüllt. Ein Sturm der Begeisterung brach los, als Genosse Thälmann am Haupteingang der Ausstellungshalle erschien. Ein alter Arbeiter durchbrach die Kette und begrüßte mit einem berben Handschlag den Führer des revolutionären Proletariats. Abermals Tausende bildeten Spalier auf dem Wege in die Ausstellungshalle 1 und Halle 5.

Die Kundgebung wurde eröffnet mit einer Begrüßung des Genossen Thälmann durch einen sozialdemokratischen Arbeiter und zahlreichen Betriebsdelegationen. Genosse Thälmann, der mit stürmischen, nicht endenwollenden „Rot-Front!“-Rufen empfangen wurde, begründete in ausführlicher begeisterter Kampfanrede das Manifest der KPD. gegen die Versailler Knechtschaft. Er erinnerte an den revolutionären Kampf des Ruhrproletariats gegen zwei Fronten, den französischen Knechtschaft und die deutsche Bourgeoisie. Er ging auf die wachsende revolutionäre Streikwelle ein, mit der eine Durchbruchschlacht des Proletariats gegen die faschistische Reaktion begonnen hat. Er rief zum Kampf gegen Hunger, Reichswehr, imperialistische Kriegstreiber, für die Verteidigung der UdSSR., für die Forderungen der Arbeiter, für die Arbeiter- und Bauernrepublik Deutschland und zur Wahl der Liste 3 auf.

Das rote Breslau marschiert am Freitag um 20 Uhr im Messhof auf

Es spricht Willi Münzenberg gegen Papen und Hitler, für den Sieg der Liste 3!

Alarmierende Tatsachen

(Schluß)

bündelt und in Betriebsrätern und Arbeitslosen hergestellt wird, daß die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch die wachsende Sympathie und Solidarität der verschiedenen Mittelständchen und Kleinrentner verstärkt wird. Wenn aber das wertvolle Volk sich zu einer solchen gewaltigen Einheitsfront zusammenschließt, dann ist die Ausbeuterklasse verloren!

„Rede geschlossen, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft (der Bourgeoisie) dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militärischen Gewalt“ — so schreiben die „Deutschen Führerbriefe“, jene Geheimkorrespondenz des Finanzkapitals; sie leiten den Trübsinnigen und Pantomagneten dar, daß die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassendiktatur die Spaltung der Arbeiterklasse ist. Diese Spaltung sei in der Nachkriegszeit mit Hilfe der Sozialdemokratie und der linken Gewerkschaften durchgeführt worden, und zwar mit Hilfe der „sozialen Errungenschaften“, in welche die Sozialdemokratie den revolutionären Ansturm der Massen von 1918 umgemünzt hatte.

Heute führt die Sozialdemokratie ihren Wahlkampf zum größten Teil unter dem Hinweis auf jene „sozialen Errungenschaften“, welche die deutsche Arbeiterklasse angeblich der SPD. verdankt habe, und die dann durch „die Schändlichkeit der Kommunisten“ verlorengegangen seien. Es gibt keine größere Lüge als diese! Aber mit diesem Betrugsmanöver möchte die SPD.-Führerschaft ihre Anhänger verblenden, sich der roten Einheitsfront anzuschließen und dadurch den Bestand der kapitalistischen Klassendiktatur zu gefährden.

In der Novemberrevolution von 1918 hätte die Arbeiterklasse die Möglichkeit gehabt, sich die gesamte Herrschaft über Wirtschaft und Staat zu erobern und damit — wie es die Politik der Kommunisten war — die soziale und politische Befreiung. Sie wurde um die Freiheit, um die Macht und um das Brot betrogen dadurch, daß die Bourgeoisie, nur um ihre Klassenherrschaft zu retten, sich bereit fand, der Arbeiterklasse Konzessionen zu machen, scheinbare Rechte zu geben, die ihr später genommen werden konnten.

Mit Hilfe der SPD.-Führerschaft

erreichte es die Kapitalistenklasse, daß die Arbeiterklasse um die politische Macht betrogen wurde, mit dem Scheinrecht der „Demokratie“, daß die Arbeiterklasse um die Beherrschung der Wirtschaft betrogen wurde mit dem Scheinrecht der Betriebsrätevertretung, daß die Arbeiterklasse um den Sozialismus betrogen wurde mit dem Scheinrecht der Sozialversicherung. Hat die SPD.- und KGB.-Führerschaft wirklich einen Grund, auf diesen ungeheuerlichen Verrat auch noch stolz zu sein?

Die „sozialen Errungenschaften“ — das sagen die „Deutschen Führerbriefe“ (natürlich nicht für die Deutschnationalen, sondern nur für den kleinen Kreis von Trübsinnigen und Pantomagneten) — ermöglichten der SPD.- und KGB.-Führerschaft ihre Politik der Spaltung der Arbeiterklasse. Aber seit 1919 sind diese „sozialen Errungenschaften“ Stück für Stück abgebaut worden. Was ist denn von den Rechten der Betriebsräte noch geblieben? Wie sind die Löhne und die Sozialunterstützungen schon unter der glorreichen Aera Hermann Müller und dann unter Brüning (mit Unterstützung der SPD.- und KGB.-Führerschaft) abgebaut worden! Was ist denn von der ganzen „Demokratie“ noch übrig geblieben außer dem Artikel 48? Um die Wirkungen der Krise auf die arbeitenden Massen abzuwälzen, ist die Bourgeoisie daran gegangen, die „sozialen Errungenschaften“ zu beseitigen.

Weil die „sozialen Errungenschaften“ der Arbeiterklasse bereits fast auf einen unscheinbaren Rest geraubt wurden (und zwar mit Hilfe der SPD.- und KGB.-Führerschaft!), darum ist es der SPD. und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie jetzt so schwer, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten, die wachsende Einheitsfrontbewegung zu verhindern! Weil die „sozialen Errungenschaften“ geraubt wurden, darum braucht die Bourgeoisie andere, faschistische Methoden, um ihre Klassenherrschaft zu retten, darum ging sie zur Brüning-Diktatur über, darum übertrug sie den Papen-Schleicher die Regierung.

Über gegen die von unten anwachsende rote Einheitsfront ist auf die Dauer

Selbst die Militärgewalt ohnmächtig,

so sagen die „Führerbriefe“, darum muß sich die Klassenherrschaft des Kapitals eine faschistische Massenbasis schaffen. Sie schuf sich den Nationalsozialismus. Über die Schwäche des Nationalsozialismus heißt darin — auch dies wird in den „Führerbriefen“ mit aller Klarheit ausgesprochen —, daß er auf die entscheidenden Schichten

der Arbeiterklasse keinen Einfluß gewonnen hat. Deshalb hat das Finanzkapital dem Nationalsozialismus die Aufgabe gestellt, sich mit der Gewerkschaftsbürokratie zu verbinden. Das erklärt die Rede Straßers. Deshalb stellt das Finanzkapital die Gewerkschaftsbürokratie vor die Aufgabe, durch Verbindung mit dem Nationalsozialismus die Gewerkschaften in das faschistische Herrschaftssystem einzuordnen. Das erklärt die Rede Papens. So verteidigen sich auch die Antwoorten der Leibart, Tarnow: sie sind bereit, sich in das faschistische System einzugliedern, so wie dies in Italien von den reformistischen Führern unter T. Aragona geschah, so wie dies in Japan von den japanischen Reformisten geschah!

Das sind die höchst alarmierenden Entwicklungen, die sich jetzt hinter den Kulissen vollziehen! Von Ebert jun. und Leipart bis zu Straßer und Müller mit Papen, Schleicher und Brüning soll diese „ganz große Volksgemeinschaft“ zur Rettung des bankrotten deutschen Kapitalismus reichen!

Jetzt vor der Reichstagswahl bemühen sich die Herrschaft noch, ihre Pläne zu vertuschen, zu dementieren oder als ganz harmlos hinzustellen. Nach den Wahlen, wenn erst die Stimmen einkassiert sind, wollen sie dann an die Verwirklichung ihrer Pläne herangehen! Deshalb ist es von allergrößter Wichtigkeit, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse über die verbrecherischen Pläne der sozialfaschistischen Führer heute schon informiert wird, daß sich jeder Klassenbewußte Arbeiter in den Dienst dieser Auffassung der Massen stellt. Darum ist es notwendig, daß sich gegen diese faschistischen Pläne innerhalb der Gewerkschaftsverbände und außerhalb alle Klassenbewußten Arbeiter zusammenschließen unter der Führung der SPD. und KGB., um der „Einheitsfront“ der sozialfaschistischen Kette des Kapitalismus die rote Einheitsfront der arbeitenden Massen entgegenzustellen.

Gegen die zur roten Einheitsfront zusammengeflohenen arbeitenden Massen kann sich kein Papen, Schleicher, Müller halten!

Die rote Einheitsfront ist die Voraussetzung des Sieges! Darum gerade jetzt alle Kraft für die rote Einheitsfront und ihre Führerin, die Kommunistische Partei! Die Papen-Reaktion spekuliert auf eure Wahlmüdigkeit. Aber Wahlenthaltung heißt Hilfe für alle eure Feinde! Wollt ihr das? Nein! Deshalb am 6. November Liste 3, Kommunisten!

Wieder 30 Jahre Zuchthaus

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die Große Strafkammer in Berlin verurteilte gestern die drei antisozialistischen Arbeiter Maconde, Höck und Jeschman, weil sie an einem Zusammenstoß zwischen Nazis einerseits, Kommunisten und Reichsbannerarbeitern andererseits teilgenommen und angeblich mehrere Nazis leicht verletzt hätten, wegen „schweren Landfriedensbruchs“ zu je 10 Jahren Zuchthaus, insgesamt also zu 30 Jahren Zuchthaus.

Trotz der tagtäglichen Terrorurteile gegen antisozialistische Proleten haben wir in Schlesien und Oberschlesien keine wachsende Protestbewegung gegen die Klassenjustiz zu verzeichnen. Das Verstumme muß sofort nachgeholt werden. Kein Betrieb, keine Stempelstelle, keine Gewerkschaftsorganisation, die nicht in einer Protestentscheidung gegen die Klassenjustiz ihren Kampfswillen zum Ausdruck bringen. Am 6. November gilt es millionenfach gegen die Terrorurteile, für die Freilassung der 9000 proletarischen, politischen Gefangenen durch die Wahl der Liste 3, zu demonstrieren.

Auch jeder proletarische Jungwähler stimmt für Liste 3

Abgefallen haben. Wir fragen die SPD. Arbeiter, Gläubiger, daß die Sozial. Partei u. Co. einen Streik zur Unterstützung bringen wollen? Glaubt ihr, daß sie in eurem Interesse handeln? Sie werden wie bisher alles zum Verbotung des Kampfes tun! Die Forderung der im Kampf erprobten KGB. Kollegen werden einfach abgelehnt.

Und wie liegen die Dinge in der Breslauer Metallindustrie? Die Metallarbeiterkollegen haben am Donnerstag voriger Woche durch Abstimmung mit 92 Prozent den Lohnabbauschiedspruch abgelehnt und sich damit für den Streik entschieden. Was ist bis jetzt zur wirklichen Vorbereitung des Kampfes getan worden? Die SPD. hat in der Metallindustrie und auch in den Deutschen Metallarbeiterverband einflußlos gelassen, hat aber trotzdem keine ernsthaften Streikvorbereitungen getroffen, obwohl Jäger, Sekretär des DMB, in. Wir erheben an die verbrecherische Rolle Jägers in vorjährigen Metallarbeiterstreik, wo man mit der Niederlagenstrategie der Kollegen trotz Unterstützung getarntem Streik an die Unternehmer ausgeliefert hat. Waren etwa die unentschiedenen Kollegen schuld an der Kampfniederlage? Nein! Sie haben mit den Organisierten in geschlossener Front gekämpft. Und was es nicht Jäger, der am diesjährigen Verbotung des DMB, die Politik des sozialdemokratischen Kampfbündnisses verteidigt und für die Hindenburg-Sozialisten stimmt?

Sie in Breslau haben mir es auf Grund des nicht unbedeutenden Einflusses der SPD. in den Betrieben und Gewerkschaften die Tatsache bekannt, daß die SPD. die Spaltung der roten Einheitsfront nur die Auslösung von Streiks abwartet!

Dieser mit allen Waffern gewandene Renegat beugt bereits schon vor und schreibt zu dem erwartenden Stimmengewinn der SPD. folgendes:

„Die Führung der SPD. und die der Komintern werden einen Stimmengewinn der SPD. am 6. November als Beweis für die Richtigkeit ihrer weiß ultralinken, teils opportunistischen Politik haben. Nichts ist aber fallischer und gefährlicher als das. Man muß klar und deutlich aussprechen, so wie die Dinge heute liegen, will sich jeder Stimmengewinn der SPD. zugunsten des ultralinken Kurzes und somit zum Schaden der revolutionären Bewegung aus.“

Das ist der Grund, der es der SPD. verwehrt, auf eigene Füße zu verzichten und die Parole für die SPD. auszusprechen.

Der Wahltag vom 31. Juli und der zu erwartende weitere Wahltag am 6. November, ist die Auswirkung einer richtigen marxistisch-leninistischen Einheitsfrontpolitik. Die Millionen kommunistischer Wähler und die am 6. November neu hinzukommenden Arbeiterwähler aus den Reihen der SPD. haben und werden der SPD. deshalb die Stimme geben, weil sie es tagtäglich von neuem unter Beweis stellt, daß sie die einzige antisozialistische und antisfaschistische Partei und Führerin des Proletariats gegen Lohnraub und Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit ist. Dieser Schurke beugt trotzdem die Frechheit und behauptet, daß sich jeder Stimmengewinn der SPD. zum Schaden der revolutionären Bewegung auswirken müsse und daß auch nach dem 6. November für Reformisten und Faschisten gute Zeiten sein werden.

Jede Stimme mehr für die kommunistische Partei ist ein Schlag gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger, die Reformisten und Faschisten, und auch gegen die Agenten von Weiz und Co. den Führer der SPD. Wir innern auch die Arbeiter der SPD. an das Scheitern der Bourgeoisie und ihrer Kastraten in der Presse nach dem kommunistischen Wahltag am 31. Juli 1932, wo sie alle ein Angh- und Untgeheil anstießen.

Am Kampf gegen den Vormarsch des Kommunismus und der Hindenburg-Einheitsfront spielt die SPD. eine besonders gefährliche Rolle. Die SPD. wurde deshalb gebildet, um, wie Rosenfeld ausdrücklich erklärte, durch eine neue Parallele den Massenabmarsch ehe-licher Kampfereiter sozialdemokratischer Arbeiter ins Lager der Führerin der roten Einheitsfront, der SPD., zu verhindern. Und gerade hier in Breslau können wir diese Tatsache nur unterstreichen. Und aus diesem Grunde hat die SPD.-Bürokratie gegen den Willen breiter Mitglieder die Umstellung eigener Pläne beschlossen.

Wir fordern auch die Arbeiter der SPD. auf, die am 31. Juli ihre Stimme noch der SPD. gegeben haben, am 6. November für die SPD. zu stimmen. Wir Kommunisten richten an sie diesen Appell auf dem höchsten Betreiben, das Millionenbekanntnis gegen die sozialist. Bourgeoisie, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik zu verbreiten.

SPD.-Arbeiter, das geht uns alle an!

14 Jahre Sozialdemokratie

Die sozialdemokratische „Vollmacht“ und „Bergmacht“ haben gegen unsere anderen Auren des Zentralkomitees der SPD. für den Sieg der Liste 3 „Unter der roten Freiheitsfahne vorwärts für den Sozialismus!“ in einem Schmuckartikel „Verräter“ eine elende Dage geschrieben. Diese sozialdemokratischen Anechte der Kapitalistenklasse, die wie Leibart und Tarnow, dem Reichskanzler von Papen die Unterstützung geben, daß sie mitwirken werden, sein Programm des Lohnabbaues auf der einen Seite und der Willkürdiktatur für die Kapitalisten auf der anderen Seite durchzuführen, behaupten ganz frech, daß die kommunistische Partei den Arbeitergeheimen Hilfe leistet. Diese infame Lüge werden die sozialdemokratischen Arbeiter auch demgemäß einschätzen wissen. Trotz aller Hege der Weiz und Co. haben auch die sozialdemokratischen Klavengengenossen begriffen, daß die kommunistische Partei seit Jahr und Tag den revolutionären Massenappell gegen die imperialistischen Kriegstreiber in der Tat führt.

Wer die wirklichen Feinde und Verräter der Arbeiterklasse sind, werden wir durch die nachfolgenden Fragen mit dem Appell zu unserer Partei, sie zur Grundfrage einer breiten Massenbewegung mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu machen:

1. Warum hat die SPD. im Jahre 1919 auf Meisenplätzen verurteilt: „Die Sozialisierung marшиert“, während sie heute erklärt: die deutsche Wirtschaft sei damals für den Sozialismus noch nicht reif gewesen?
2. Warum hat die SPD. im Jahre 1919 im Bunde mit der heutigen sozialistischen Komorilla die weingardbühnen Freikorps zur Niederlage der revolutionären Arbeiterklasse organisiert? Warum erschienen damals täglich in der SPD.-Presse riesige Werbeaufträge der

reaktionären Landsknechtformationen? Sollten etwa die Märker, Küllinger, Watter, Erhardt, Epp die sozialen Errungenschaften verteidigen?

3. Warum haben die sozialdemokratischen Gewalthaber am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag ein Blutbad unter der Berliner Arbeiterklasse anrichten lassen, dem 42 Tote und 105 Vermunnete zum Opfer fielen, weil die Arbeiter ihre Errungenschaft, die revolutionären Arbeiterräte gegen das reaktionäre Betriebsrätegesetz verteidigen wollten?

4. Warum stimmte die SPD. im Jahre 1923 für das Ermächtigungsgesetz, das der wichtigsten sozialen Errungenschaft, dem Achtstundentag, ein Ende machte? Warum wurden alle großen Streiklämpfe, die das Proletariat zur Verteidigung des Achtstundentages geführt hat, von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern abgemürgt?

5. Warum hat die SPD. einem Gesetz zugestimmt, wonach der sozialistische Extronprinz, das Haupt der gegenwärtigen monarchistischen Umtriebe, wieder zu seinen himmlischen Kronkünstlern zurückkehren durfte?

6. Warum hat der KGB. in seiner Denkschrift vom Jahre 1925 die kapitalistische Nationalisierung als „Voraussetzung der Wohlfahrts-Heigerung“ begrüßt und somit den Unternehmern geholfen, die Löhne abzubauen und Millionen Betriebsarbeiter auf das Pflaster zu werfen?

7. Warum hat der sozialdemokratische Senat in Hamburg die sozialistische Technische Nothilfe gegen die kreitenden Verkehrsarbeiter eingeleitet, obwohl die Gewerkschaften in ihrer Konferenz mit 4000 gegen 200 Stimmen den Streik beschlossen hatten?

8. Warum hat die Hamburger Gewerkschaftsbürokratie vor dem durch Papens Schlichter verbindlich erklärten Lohnabbauschiedspruch von 9 Prozent kapitalisiert und den Verkehrsarbeiterkreis gemeinsam mit den Nazisführern abgemürgt?

9. Warum haben die DMB- und DKB-Führer den wochenlang heroisch geführten Metall- und Textilarbeiterstreik in Schlesien abgemürgt und somit die Metall- und Textilarbeiter den lohnraubischen Unternehmern ausgeliefert?

10. Warum hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Breslau in der Sitzung vom 22. September des Stadtparlamentes, als ein kommunistischer Antrag für wirkliche Winterhilfe zur Beratung und Abstimmung stand, eine ablehnende Stellung eingenommen?

11. Warum hat die SPD., die vorgibt, gegen die Notverordnungen Papens zu kämpfen, dem unter Brüning notverordneten Abbau der Löhne bis zu 15 Prozent und dem Unterstufungsabbau zugestimmt?

12. Warum hat Evering noch einige Tage vor seiner Ablegung den reaktionären Hauszinssteuererlaß herausgegeben, der mit einem Schläge die wichtigsten Erleichterungen für die proletarischen Mieter beseitigt und die Mieten in die Höhe getrieben hat? Wie verträgt sich das mit dem heutigen Wahlgeschrei der SPD. nach Senkung der Mieten?

13. Warum verläßt die SPD. den revolutionären Marxismus und verschweigt den sozialdemokratischen Arbeitern, daß Karl Marx in seinen Handbüchern zum Gothaer Programm ausdrücklich die revolutionäre Diktatur des Proletariats als die Uebergangsepoche zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet hat?

Warum das alles? Weil die SPD.-Führer Kerze des Kapitalismus und Feinde des revolutionären Auswegs aus der Krise sind und bleiben. Wer sozialdemokratisch wählt, wählt die Stützen des Kapitalismus. Arbeiter der SPD.! Wir reichen euch die Bruderhand. Zerbricht die Wahlmagie eurer Führer, die unsern gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind verhindern soll.

Obst Mission für die Einheitsfront-Allion Kommunist für Liste 3.

Sozialdemokratische Klassengenossen!

Marшиert mit auf am Freitag 20 Uhr im „Messehof“ zur großen Kampfkundgebung gegen Papen und Hitler, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik. Es spricht Genosse Willi Münzenberg. Demonstriert durch die Teilnahme eure Kampfbereitschaft. Wir Kommunisten reichen euch die Bruderhand!

Infame Hebe der „Volkswacht“

Wie die Sozialdemokratie die faschistisch-imperialistischen Aktionen der Bourgeoisie unterstützt

Die sozialdemokratische Presse steht vor allem im Zeichen der Hebe gegen die antifaschistische Einheitsfront und die kommunistische Partei. Wie dumdbreit plump und zugleich infam diese Hebe ist, zeigt z. B. der Artikel der „Volkswacht“ vom 25. Oktober „Verräter“. Es handelt sich um den Wahlauftrag der SPD, in dem die Arbeiter zum schärfsten Kampf gegen Lohnabbau, Faschismus und imperialistischen Krieg, zur Verteidigung der UdSSR, zum Kampf für die soziale und damit nationale Befreiung aufgefordert werden. Die „Volkswacht“ zitiert nun jene Stelle des SPD-Auftrages, an der es heißt: „Ein sozialistisches Deutschland wird den Schandvertrag von Versailles zerschellen“ — und das bezeichnet das Organ der Wels, Hesse, Scheidemann und Co. als „Rückfall in den blödsinnigsten Nationalsozialismus“, „Liefert den nationalsozialistischen Hebern in Deutschland Stichworte“ und dergleichen.

Wer, ihr Herren, ist international und revolutionär, und wer ist nationalstisch und kriegshegerlich?

Die Kommunisten allein halten die internationale proletarische Solidarität hoch. Die Kommunisten unterstützen die Streiks der kämpfenden Brüder in Polen, in der Tschechoslowakei, in Belgien, sie unterstützen die Protestaktionen und Kämpfe des italienischen Proletariats gegen das Mussolini-System, des ungarischen Proletariats gegen Horthy, des amerikanischen Proletariats gegen die Denkerhölle, der chinesischen Werktätigen gegen die japanischen Imperialisten. Seite an Seite kämpfen miteinander gegen Versailles die französischen und deutschen Kommunisten.

Die Sozialdemokratie aber — erst vor wenigen Tagen hat Moske die kommunistische Zeitung in Hannover verboten, weil sie für einen Streik agitirte, und Herr Moske „begründete“ das Verbot mit der Erklärung, daß solche „wilden“ Streiks in — Moskau auf der Tagung der kommunistischen Internationale beschlossen worden sind. Die italienische Sozialdemokratie, die D'Urquana und Co., unterstützt Mussolini, die ungarische Sozialdemokratie Horthy, die französische Sozialdemokratie geht mit dem französischen, die deutsche Sozialdemokratie mit dem deutschen Imperialismus.

Wer ist kriegshegerlich?

Die Kommunisten kämpfen in allen Ländern gegen den Imperialismus, gegen imperialistische Kriegserklärung und für die Verteidigung der UdSSR, in Frankreich sehen kommunistische Arbeiter wegen antimilitaristischer Arbeit in den Gefängnissen und in Deutschland nicht minder. Die Sozialdemokratie aber — in Japan unterstützt sie den Krieg gegen China, in Frankreich die Vorkriegshaltung von Versailles, in England die Befehle des britischen Imperialismus; in Deutschland bestreiten SPD-Politikerpräsidenten die Antikriegsmaßnahmen der KPD.

Im September hielt Ebert jun. eine Rede in Brandenburg auf einer SPD-Funktionärskonferenz, in der er im Hinblick auf die Rückfrage erklärte:

„Wir müssen den Mut haben, als deutsche (!) Sozialisten zu handeln. Die deutsche Sozialdemokratie, auch wenn sie schärfste

Oppositionsstellung gegen eine Regierung bezogen hat, ist nicht frei von Bindungen.“

Das ist Nationalismus! Das ist Chauvinismus! Dieser „deutsche Sozialismus“, das, ihr Herren von der „Volkswacht“, sind neue Stichworte für die nationalsozialistischen Kriegstreiber, das ist Kriegstreiberi selbst.

Leipart erklärte am 15. Oktober auf der UGB-Schule in Vernaun:

„Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben... Wir taten es im Kriege, und dafür legen so manche namhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab.“ Das ist bürgerlicher Nationalismus! Das ist Chauvinismus!

Das ist Bekenntnis zum imperialistischen Kriege! Das sind Stichworte für die Nazis, und Nazi-Strasser hat dann auch bekanntlich in seiner Sportpalast-Rede die Worte Leiparts begeistert aufgenommen.

Die Geschichte der Sozialdemokratie seit 1914 bis heute ist eine einzige Kette der nationalstischen Hebe und imperialistischen Kriegstreiberi, speziell gegen die Sowjetunion.

Die Geschichte der kommunistischen Internationale steht vom ersten Tage im Zeichen des rücksichtslosen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, gegen Nationalismus und Chauvinismus. Die KPD führte diesen Kampf seit Liebknecht bis zum heutigen Tage.

Die KPD. ist die einzige Partei

die den Kampf gegen die Verflavung der Arbeiter durch das deutsche Kapital wie gegen die Verflavung der Arbeiter durch das ausländische Kapital führt. Während die SPD, Versailles, Tames-Plan, Young-Plan unterzeichnete, während sie ebenso wie die Nazis den Lausanner Tributpakt Bawens begrüßte, kämpft die KPD. nach wie vor gegen Papen, gegen Hitler und gegen Versailles. Während die SPD. wie die Nazis dafür sorgen, daß die Ketten, mit denen das deutsche und ausländische Kapital die Arbeiter fesselt, erhalten bleiben, mobilisiert die KPD. die Arbeiter zur Sprengung aller Ketten.

Die KPD. sagt den Arbeitern: Ihr müßt eure soziale Befreiung erkämpfen und ihr erkämpft damit auch die nationale Befreiung. Ihr müßt die Herrschaft des deutschen Kapitals beenden, ihr müßt eure Arbeiter- und Bauernrepubliken schaffen, und das sozialistische Deutschland wird im Hande mit der Sowjetunion, mit den französischen, englischen, polnischen Arbeitern auch die Versailles Ketten zerschellen.

Das ist wahrer Internationalismus. Das ist wahrer sozialistischer Geist. Die Probe aufs Exempel ist die Sowjetunion, in der es keine Ausbeuter mehr gibt, in der der Sozialismus aufgebaut wird, die keine Tribute zu bezahlen braucht.

Deshalb müssen alle Arbeiter mit der KPD. für ihre soziale und nationale Befreiung kämpfen. Sie zu diesem Kampfe bekennen, heißt stimmen für die Liste 3 der KPD.!



Uebertritt zur roten Einheitsfront

Der ehemalige SA-Mann Artur Kurek schreibt und unterzeichnet eine Erklärung auf Austritt aus der SA. und Uebertritt zur roten Einheitsfront. K. hat erkannt, daß die Hitler, Goebbels und Co. die Freunde der „feinen“ Leute sind und hat deshalb der Nazibewegung den Rücken gekehrt.

Wir fordern alle Naziproleten auf, den gleichen Weg des K. zu gehen, weil nur in der roten Einheitsfront der Kampf gegen unsere Ausbeuter, für Arbeit, Brot und Freiheit geführt wird. Keine Stimme am 6. November den Hitler und Co., jede proletarische Stimme der KPD., Liste 3.

200 Arbeiter aufs Straßenpflaster

Im Zeichen der „Ankurbelung“ wird Zementfabrik Sacrau stillgelegt

Sacrau b. Oppeln. Der erst vor kurzem erfolgten Stilllegung der Zementfabrik in Groschowitz soll jetzt die Zementfabrik in Sacrau folgen.

200 Arbeiter erhielten die Kündigung, da demnächst der Betrieb stillgelegt wird.

Die „Ankurbelung der Wirtschaft“ auf Abbruch erfolgt tagtäglich. Es gab keine vergangene Regierung, die nicht „ankurbelte“ und dabei Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Straße warf.

Unaufhaltbar wälzt sich die kapitalistische Krise und Anarchie fort. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen, um leben zu können, fräcker den Massenkampf, die Einheitsfrontaktion gegen Massenentlassungen, Betriebsstilllegungen und Lohnraub anturkeln.

Nur der Massenkampf und Streik wird die Arbeiterschaft vor weiterem Versinken in das Elend retten und dem Kapitalismus den Garaus machen und die Bahn freilegen für die Errichtung der sozialistischen Arbeiter- und Bauernrepublik, die nur einzig und allein allen Arbeitern und Werktätigen ausreichend Arbeit und Brot garantieren kann, wie das die Sowjetunion beweist, die täglich Betriebe eröffnet, neue Massen von Arbeitern in die Betriebe einreißt und wo Erwerbslosigkeit unbekannt ist.

Moske ermüdet den Streik der Weierichsener

Die Weierichsener haben am 22. Oktober ihren Streik abbrechen müssen, da die ungeheuerlichen Maßnahmen der Polizeibehörden, die von Moske ausgingen, fründlich verjährt wurden. Rede Verjammlung wurde aufgelöst, Verhaftungen von streikenden Schiffern wurden wahl-

los vorgenommen. Der Beauftragte des Einheitsverbandes, Genosse W o l f m a n n, wurde ebenfalls verhaftet. Das Sprachrohr der Weierichsener, die „Neue Arbeiter-Zeitung“, wurde von Moske verboten. Dazu kam die verstärkte Streikbrüchigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. In einer von Kampfbegeisterung erfüllten letzten Streikversammlung wurde beschlossen, den Kampf in einer für die Schiffer günstigeren Situation erneut um die noch nicht durchgesetzten Forderungen erneut aufzunehmen.

In einem von den Schiffern einmütig beschlossenen Aufruf wird die vortätige Streikbrüchigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer festgestellt und alle Kollegen zur weiteren Kampfberettschaft aufgefordert. Der Aufruf der Binnenschiffer schließt mit dem Appell, sich um die kommunistische Partei zu scharen, da sie als einzige den Kampf gegen den Lohnabbau unterstützt hat.

Die Oederichsener werden trotz der Abwägung des Streiks an der

Ein bolschewistisches Beispiel des Parteileiters der Ortsgruppe Steine

Der Genosse Parteileiter hat allen übrigen Mitgliedern der Ortsgruppe Steine den Beweis erbracht, daß es möglich ist, Munition für den roten Freiheitskampf zu beschaffen. Trotz seiner vielen anderen politischen Arbeit, war es ihm möglich, in kurzer Zeit 10 Mark zu sammeln.

Die Mitglieder der Ortsgruppe, die es aus Bequemlichkeit abgesehen hatten, für den Kampffond zu sammeln, sollten sich nicht weiter beschämen lassen, sondern müssen sofort an die Arbeit herangehen. Wir haben gute Beispiele, wo parteilose Arbeiter und Arbeiterinnen glänzende Sammelerfolge für unseren Kampffond zu verzeichnen hatten. Wollt ihr euch von diesen Klassenossen beschämen lassen?



Kampffond der K.P.D. für die Wahl 1932 10 RPF. Kampffond der K.P.D. für die Wahl 1932 10 RPF.

Jeder Werktätige kauft und sammelt die Kampffondsmarken der KPD!

Kreis-Delegiertenkonferenz in Breslau

An alle Erwerbslosenausschüsse! An alle Erwerbslosen des Landkreises Breslau!

Zehn Millionen Erwerbslose gehen in einen Hungerwinter hinein, wie man ihn noch nicht erlebt hat. Die Bettelpennige der Unterfühlung reichen nicht aus, den notwendigen Lebensbedarf zu decken. Herr von Papen hat eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung in Aussicht gestellt. Die Erwerbslosen, die von den Gemeinden betreut werden, sollen keine erhöhten Zulagen erhalten. Darum müssen wir fordern, daß auch die Nichtsäger der Wohlfahrtserwerbslosen erhöht werden.

Neben der Barunterstützung muß eine umfangreiche Winterhilfe gewährt werden. Wir fordern daher sofortige Ausgabe der Winterhilfe, wie Lebensmittel, Kohlen, Bekleidung, einschließlich Schuhe, für alle Erwerbslose. Einrichtung von Tagesheimen und unentgeltliche Abgabe von warmem Essen.

Diese Forderungen können nur im außerparlamentarischen Kampf erreicht werden. Darum gilt es den Kampf aufzunehmen ohne Unterschied der Partei für die Erhöhung der Unterfühlung, für eine ausreichende Winterhilfe.

Zur Mobilisierung der Massenolidarität, zur Schaffung von Erwerbslosenausschüssen sowie Bildung von Solidaritätsauschüssen und Vorbereitung eines Hungeraufmarsches nach Breslau müssen aus allen Orten, wo Erwerbslosenausschüsse bestehen, Delegierte entsendet werden. Die Orte, wo keine Erwerbslosenausschüsse sind, haben ebenfalls Delegierte zu entsenden. Als Ausweis müssen mindestens 10 Erwerbslose unterzeichnet sein.

Kein Ort ohne Delegierte!

Die Konferenz des Landkreises Breslau findet am Freitag, dem 28. Oktober, 14 Uhr, in Breslau im Lokal Arndt, Malergasse, statt.

Kreis-Erwerbslosenausschuß des Landkreises Breslau

Demonstrieren

gegen die Unterdrückung der kommunistischen Presse

Rote Fahnen heraus zum Protest

Sammelt überall für den Verteidigungsfonds d. Presse Jeder gibt-wirbt und sammelt für den Kampffonds der KPD

Papen-Reaktion spekuliert auf eure Wahlmüdigkeit!

Wahlenthaltung aber heißt Hilfe für Papen und Hitler! Wollt ihr das? Nein! Deshalb legt am 6. November ein Millionenbekenntnis für den Kommunismus ab!

Der Prozeß gegen Karikas und Genossen hat begonnen

Wien, 24. Oktober. Bei der heute begonnenen Verhandlung gegen Karikas und Genossen konnte der Staatsanwalt Karikas so gut wie nichts über seine Tätigkeit in Ungarn vorwerfen, sondern legte ihm vor allem seine angebliche agitatorische Wirksamkeit in Frankreich und Deutschland zur Last.

Genosse Karikas erklärte in keiner Aussage, daß er in der russischen Kriegsgefangenschaft Kommunist geworden, die ungarische Katediktatur an der Front verteidigt habe. Nach dem Sturz habe er mehrere Jahre in der Sowjetunion gearbeitet, zuletzt als roter Direktor, und sei dann auf eigenes Verlangen zur Arbeit nach Frankreich und Deutschland gegangen. In Ungarn sollte er nur Studien über die Lage der Arbeiter anstellen und diese ihm unbekanntem Vertrauensmännern weitergeben.

Der zweite Angeklagte, Kallan, erklärte, daß er kein Kommunist sei und daß alle Beschuldigungen gegen ihn unbegründet seien. Er wie die übrigen Mitangeklagten erklärten, daß ihre Geständnisse auf der Polizei nur auf Grund bestialischer Mißhandlungen erfolgt seien.

Nach der Rede des Staatsanwalts wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Dann sollen nach den Reden der Verteidiger die Urteile verkündet werden.

Vier polnische Arbeiter standrechtlich ermordet

Warschau, 24. Oktober. In Rowno (Wohynen) wurden erneut vier Arbeiter durch das Standgericht Wisubzja wegen angeblicher Spionage zugunsten der Sowjetunion zum Tode verurteilt. In Wirklichkeit handelt es sich um keine Spione, sondern um revolutionäre Arbeiter, die in letzter Zeit stets unter der Auflage der Spionage abgeurteilt wurden. Wenige Stunden nach der Verkündung des Urteils wurden die vier Arbeiter bereits im Hofe des Gefängnisses erhängt.

Auffschwung der Bekleidungsindustrie in der Sowjetunion

Moskau, 25. Oktober. Seit dem Beschluß des Zentralkomitees über die Forcierung der Produktion von Artikeln des täglichen Bedarfs ist die Aufmerksamkeit der Sowjetöffentlichkeit und der Presse besonders auf die Bekleidungsindustrie hingelenkt. Die Presse bringt täglich Berichte über das Wachstum der Produktion von Kleidern, Strümpfen, Schuhen. Besonders die Leningrader Konfektionsbetriebe gehen in der Ueberholungs der Pläne voran.

Trotz des Mangels an Rohmaterial und an qualifizierten Arbeitern hat die Leningrader Konfektionsfabrik „Wolodarst“ ihre Planaufgabe zu 105,4 Prozent erfüllt. Der Betrieb „Münzenberg“ erfüllte den Produktionsplan zu 114,6 Prozent. Die Tritotagenfabrik „Kote Fajne“ hat ihren Oktoberplan schon am 22. zu 115,7 Prozent erfüllt. Die Moskauer Schuhfabrik „Parizer Kommune“ hat in einem Tag 18 000 Paar Stiefel (105 Prozent des Planes), die Lederfabrik „Komintern“ in Leningrad ihre Produktion zu 109,2 Prozent und die Lederfabrik „Semljatscha“ den ihrigen zu 118,7 Prozent erfüllt.

Vor 15 Jahren

Bewaffneter Aufstand beschlossen

Petersburg, 24. Oktober 1917. In der Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei wurde auf Lenins Antrag die Resolution über den bewaffneten Aufstand angenommen.

Die Konferenz der Sowjets von Nordrußland erklärte sich für die Uebernahme der Macht durch die Sowjets.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Membran, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

21. Fortsetzung

Die schweren Lebensbedingungen in Zwanowo-Wosnjessenil bedrückten mich tatsächlich trotz meiner Krankheit nicht ein bißchen. Im Gegenteil, die Kartoffeln, die lauten Gurken, das Schwarzbrot, das Schlafen auf dem Fußboden, wo ein kalter Zugwind durch die Tür blies — das alles gefiel mir sehr gut. Das Leben eines Illegalen bereitet mir sogar trotz den vielen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, eine gewisse Freude. Das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter beobachten zu können, war wirklich erhebend.

Ich wurde aber auch weiter vom Mißgeschick verfolgt. Das Schlafen in den kalten Novembernächten auf kaltem Fußboden, brachte es soweit, daß ich mich eines Morgens nicht vom Lager erheben konnte.

Trotzdem man mit meiner Krankheit ansah und es von niemand bezweifelt werden konnte, daß ich mich einer gründlichen Behandlung unterziehen und von meiner Arbeit befreit werden mußte, schickte mich Genosse Koflow — augenscheinlich aus Angst mich zu verlieren und in der Hoffnung, daß ich mich rasch erholen werde — nur provisorisch nach Smolensk zu seinem Bruder. Erst nachdem ihm kein Bruder einen Monat später schrieb, daß meine Krankheit ernster sei, als man es angenommen hatte, wurde ich zuerst nach Woronjesch und dann nach Bobrow (Woronjescher Gouvernement) zur Behandlung geschickt. Vor meiner Abreise von Zwanowo-Wosnjessenil traf ich noch einmal Olga Warjenzowa, das älteste Mitglied unserer Partei. Sie war nach Beendigung ihrer Verbannung sofort zur revolutionären Arbeit zurückgekehrt und nahm Anteil an der Leitung des „Nordverbandes“. Die Warjenzowa wohnte in Jaroslavl. Von Zeit zu Zeit kam sie nach Zwanowo-Wosnjessenil, ihrer Geburtsstadt.

Mussolinis imperialistische Außenpolitik

Die Angst vor der Turiner Arbeiterschaft — Bekenntnis zum Lausanner Versklavungspakt und zum Genfer Mordbrennerbund — Eine deutliche Absage an den deutschen Imperialismus

Turin, 25. Oktober. Im Rahmen der Zehnjahrestage der faschistischen Diktatur in Italien wurde am gestrigen Sonntag in Turin eine große faschistische Parade abgehalten, bei welcher Gelegenheit Mussolini eine Rede hielt. Außerordentlich bezeichnend für die Stimmung der Arbeiterschaft in Turin ist die Tatsache, daß Mussolini es bisher noch niemals gewagt hatte, nach Turin zu kommen. Auch diesmal wurden vor den Toren der Stadt tausende von Arbeitern durch die politische Polizei durchsucht. Nichtsdestoweniger sah man in den Straßen der Arbeiterviertel Ausschreite mit den Parolen „Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit dem Feinde der Arbeiter, Mussolini!“

Mussolinis Rede beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Außenpolitik, und zwar aus dem Grunde, weil die faschistische Diktatur alle Verantwortung hat, von den verheerenden Folgen ihrer Innenpolitik abzulenken. Mussolini bekannte sich zunächst zu dem Versklavungspakt von Lausanne, und appellierte an den amerikanischen Imperialismus, nun auch in der Kriegsschuldfrage nachzugeben. Dann erklärte Mussolini, die Gerüchte, daß Italien aus dem Völkerbund austreten wolle, seien ungeschickt, Italien werde um so mehr im Völkerbund mitarbeiten, als man augenblicklich am Krankenbett dieser Institution sehe. Ferner unternahm Mussolini einen Ausfall gegen die „Hegemonie gewisser Staaten“, womit er den französischen Imperialismus meinte. „Gegen die Hegemonie Frankreichs, für die Hegemonie Italiens“, das war der Sinn dieser Worte.

Die Ausführungen Mussolinis über den deutschen Aufrüstungs-

vorstoß zeigten nochmals, daß der italienische Imperialismus zwar den deutschen Vorstoß insofern begrüßt, als er ihn gegen seinen französischen Konkurrenten ausnützen kann, aber im übrigen gar nicht daran denkt, die deutschen Forderungen zu unterstützen. Genau so wie der englische Imperialismus machte Mussolini ein paar nichtsagende Phrasen über die „juristische Berechtigung“ des deutschen Vorstoßes, erklärte aber ausdrücklich, daß Deutschland nicht auf frischem Boden die Abrüstungskonferenz noch andauert.

In diesen Worten zeigte sich der Bankrott der Außenpolitik des deutschen Faschismus, der bekanntlich glaubt, seine imperialistischen Sonderziele durch ein Bündnis mit dem faschistischen Italien und mit England verwirklichen zu können. Um dieser Politik willen hat Hitler die Subtilitäten des Terror des italienischen Imperialismus freiwillig preisgegeben, leidet die Hitler und Rosenberg die Stiefel des englischen und italienischen Finanzkapitals.

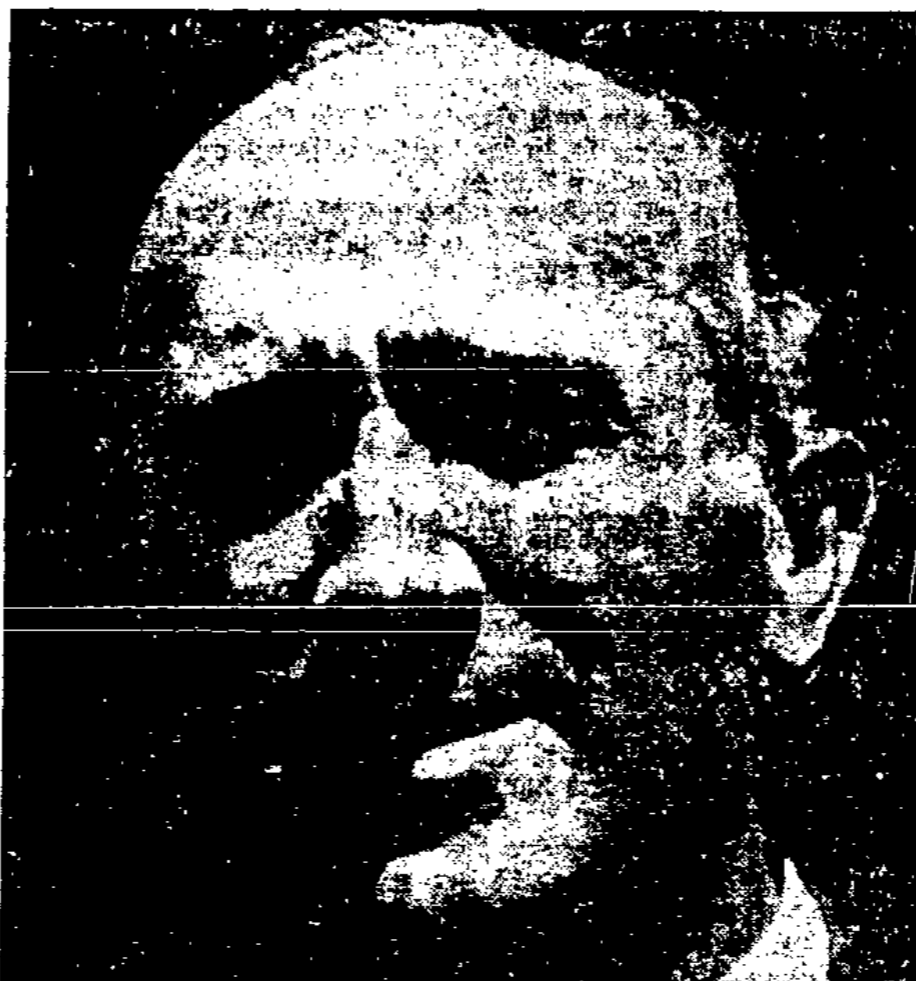
Erst Faschistenrummel, dann Lohnraub

Italienische Grenze, 25. Oktober. Mussolini hat die Industriellen von Vagnano, Busto, Arizio und Como aufgefordert, den neuen Lohnabbau bei den Textilarbeitern bis nach dem Jahrestag des „Marsches auf Rom“ zu verlagern.

Nach den großen faschistischen Feiern sollen die Unternehmer sogar berechtigt sein, den Lohnabbau zu erzwingen für die letzten Wochen durchzuführen.

„Wir wollen Foster!“

Stürmische Demonstrationen der amerikanischen Arbeiter gegen Hoover, für den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten



Genosse Z. Foster, der kommunistische Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Detroit, 25. Oktober. Als Hoover in Detroit eintraf, um eine Wahlrede zu halten, wurde er von Tausenden von Arbeitern mit Niederrufen am Bahnhof empfangen. Die Demonstrationen fanden unter Führung der kommunistischen Partei. Immer wieder erscholl es aus der Menge: „Nieder mit Hoover! Wir wollen Foster!“ Genosse Foster ist der Präsidentschaftskandidat der kommunistischen Partei.

Hoover mußte im Auto flüchten und konnte sich nur auf Umwegen nach der Versammlungshalle begeben. Trotzdem aber dauerten auf dem ganzen Wege zur Versammlungshalle die revolutionären Demonstrationen an.

Detroit ist bekanntlich die Ford-Stadt. Früher arbeiteten dort in den Ford-Werken über 100 000 Arbeiter, jetzt nur noch 5000. Die Demonstrationen in dieser Arbeiterstadt sind sehr bezeichnend für die Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterschaft.

Gewaltige kommunistische Wahlversammlung in Philadelphia

Newport, 25. Oktober. An der kommunistischen Wahlversammlung in Philadelphia nahmen 8000 Arbeiter teil. Es war dies die größte Arbeiterversammlung in dieser Stadt seit dem Kriege. Den Vorsitz führte ein Regierkandidat. Der Versammlung war ein Umzug vorausgegangen.

Newport, 25. Oktober. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über die Berufung gegen das Urteil gegen die Regierungen von Scottsboro wird erst nach den Wahlen bekanntgegeben werden, die am 8. November stattfinden.

In Woronjesch kam ich diesmal mit den Genossen Koflow, Karpow, Kardašchow, Kojsterkin, Ljubimow und Panin (der sich dort auf der Dyrchreije aufhielt) zusammen.

„Ich wußte gar nicht, daß Sie es waren, der sich unter dem Namen Gwrit Pjetrowitsch versteckte, sagte ich zu Panin. „Sonst hätte ich doch versucht, mit ihnen zusammenzukommen. Alles ist gut, was mit Maß getrieben wird, aber Sie haben sich ja mit so einer Konspiration umgeben, daß Sie keine Ahnung haben konnten, mit welchen Genossen Sie zu tun haben.“

„Ja, es ist sehr ärgerlich, daß ich nicht darauf gekommen bin, das Kapuzin identisch ist mit Schapowalow“, erwiderte er mir.

Nachdem Koflow mich persönlich kennengelernt und mit meinem Arzt gesprochen hatte, überzeugte er sich, daß ich in Kineschma und Zwanowo-Wosnjessenil tatsächlich solange an der illegalen Arbeit teilgenommen hatte, bis ich vollständig zusammengebrochen war. Als er sah, mit welcher Anstrengung ich mich auf den Stad hügend bewegte, und als er vom Arzt erfuhr, daß meine Krankheit langwierig, ja sogar chronisch sei, entschloß er sich endlich, mich frei zu geben, damit ich mich einer ernstlichen Behandlung unterziehe.

Koflow war ein 22-jähriger junger Mann, er war sehr begabt und man setzte große Hoffnungen auf ihn. Der jüngere Bruder Koflows, der in Smolensk unter Polizeiaufsicht lebte, erzählte mir von den Diskussionen, die Nikolaj Koflow mit seinem älteren Bruder, einem Fabrikanten in Zwanowo-Wosnjessenil, führte.

„Laß deine Dummheiten, sagte er zu Nikolaj. „Laß deine Propaganda, laß diesen deinen Marx in Ruhe. Wozu das alles? Das ist doch nichts als Blödsinn... Die Arbeiter werden dich sowieso nicht verstehen. Unsere Arbeiter sind alle graue Menschen, besonders die Weber.“

„Ganz im Gegenteil“, erwiderte Nikolaj. „meiner Ansicht nach sind die Tage des Kapitalismus gezählt. Wenn der vorläufig unwillkürliche, durch jahrhundertlange Unterjochung geknechtete russische Bauer jahrhundertlang sein turkisches Los schweigend trägt, so ist es noch kein Beweis, daß der Fabrikarbeiter ebenso geduldig alles ertragen wird.“

„Glaubst du's wirklich? Das geht doch alles im Schneckentempo... Unsere Weber sind noch viel zu hässlich, um Redenshaft von uns zu verlangen. Wir werden noch eine ganze Weile herrschen können... Aber du, du Dummkopf, du wirst für deine undurchführbaren Ideen im Gefängnis oder im Sibirien verfaulen. Du tust mir sehr leid: du bist doch ein geheimer Kerl. Aus dir könnte

ein guter Ingenieur oder ein Fabrikbesitzer werden... Laß diesen Unsinn, laß diese deine Arbeiterklasse in Ruhe. Sage mir nur ein Sterbenswörtchen, ich klüffere es dem Minister zu, und du kannst schon am nächsten Tag nach Zwanowo-Wosnjessenil kommen.“

„Es ist schäb' um jedes Wort, das du an mir verlierst! Es wird dir nicht gelingen, mich zu verführen. Ebenso wie die Wolga nicht zurückfließen kann, so werde auch ich niemals zu euch zurückkehren und gehe ich zugrund, so tue ich's für eine große Idee...“

„Für keine große Idee, sondern für einen Blödsinn, der schon vor zweitausend Jahren von dem Griechen Aristophanes verlacht wurde...“, sagte der Fabrikant seinem revolutionären Bruder höhnlich.

„Wohin vertrittst du dich!“ lachte Genosse Koflow. „Du solltest eigentlich den König David mit seinen Waldmännern zittern und mit seinen Worten sagen: Sage, du Irrenkinder, daß kein Gott da ist...“ Das sind veraltete Sachen, Bruder!“

Ich verbrachte, bevor ich nach Bobrow fuhr, einige Tage in Woronjesch. Dort traf ich N. D. Bogdanow, der zu jener Zeit als Meister in einer kleinen Fabrik in Woronjesch arbeitete, und Schjelnabin mit seiner Frau, besser: Schwester und Schwager im Kaufhaus lebten.

Ich kam zu Beginn des Winters 1901 nach Bobrow. Dort lebte Genosse Siergej Schestjernjin und seine Frau Stojilja Njewjorowa, die Schwester Sinabda Njewjorowas, die ich in dem Buch: „Auf dem Wege zum Marxismus“ erwähnt habe.

Siergej Schestjernjin war Anhänger des legalen Marxismus und mit Genossen Lenin und der Plattform der „Zetra“ nicht einverstanden. Er ist Verfasser einer Broschüre über den Streit in der Woroslow-Fabrik 1886, die leider jetzt in Vergessenheit geraten ist.

Schestjernjin war Jurist, Ratsrichter in seiner Geburtsstadt Zwanowo-Wosnjessenil und hielt streng auf die Gesetze. Da die Arbeiter die Fabrikanten sehr häufig wegen ihrer Ungerechtigkeit anklagten und da Schestjernjin sich immer auf die Seite der Arbeiter stellte, war er den Fabrikanten sehr verhaßt. Die Industriellen Zwanowo-Wosnjessenil reichten eine Klage im Justizministerium ein, in der sie flehentlich hielten, sie „arme Waisen“ vor diesem „gerechten Richter“, wie sie Schestjernjin höhnlich nannten, zu befreien.

Einheitsfront-Appeal der Oppositionsgruppe im BAW., Zahlstelle Poremba

An die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft

Kollegen!

Die am Sonntag, dem 23. Oktober, im Lokal Zimmermann, Zaborze, stattgefundene Versammlung freigewerkschaftlich organisierter Kollegen des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes und der Betriebsräte, einberufen durch die Opposition der Zahlstelle Poremba des BAW., richtet an alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter Ober-schlesiens folgenden Appell:

Am Dienstag, dem 18. Oktober, fand in Berlin eine öffentliche Kundgebung der Spitzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Hier sollte Stellung genommen werden zu der Notlage der Arbeiterschaft und zu den Notverordnungen der faschistischen Papen-Regierung.

Die Reden unserer gewerkschaftlichen Spitzenführer auf dieser Tagung zeigten wiederum deutlich, daß diese unsere Führer angesichts der faschistischen Papen-Diktatur, angesichts der unerhörten Offenbarungen der Unternehmer und Groß-Agrarier gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse wie in der Vergangenheit die Interessen der Arbeiterklasse den Kapitalisten opfern.

Die Reden von Tarnow und Leipart sind ein Alarmzeichen für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und darüber hinaus für die ganze Arbeiterklasse.

Leipart und Tarnow haben nicht nur vor der Papen-Regierung kapituliert,

sondern sind bereit, enge Arbeitsgemeinschaft mit der faschistischen Diktatur einzugehen. Unsere Führer schweigen auf die Vorwürfe der Opposition, daß bereits Geheimabmachungen zwischen den Gewerkschaftsführern und dem Reichsarbeitsminister Schäffer getroffen worden sind. In diesen Geheimverhandlungen haben sich unsere Führer bereit erklärt, mit den betrieblichen Lohnabnahmemaßnahmen der Unternehmer, wie sie auf Grund der Notverordnungen vom 15. September festgelegt worden sind.

Wie eng die Zusammenarbeit mit dem Faschismus bereits geblieben ist, zeigt die sensationelle Rede des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Gregor Strasser, am Donnerstag vergangener Woche, worin derselbe in einem Appell an die Adresse unseres Führers Leipart erklärte:

eine Front des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur, gegen Lohnabbau und Hunger

zu organisieren. Dieser Weg der geschlossenen roten Einheitsfront aller Arbeiter, ganz gleichgültig, ob sie organisiert sind oder nicht, ob sie politisch im Lager der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der NSDAP, oder des Zentrums stehen, ist die einzige Garantie, um in den Betrieben und auf den Stempelstellen die Angriffe der Reaktion zurückzuschlagen.

Wir freigewerkschaftlichen Arbeiter haben die Pflicht, in diesem Kampfe an vorderster Stelle zu stehen. Wenn heute die sozialdemokratischen Führer und die Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese notwendige rote Einheitsfront sabotieren, und statt uns zum Kampf zu mobilisieren, mit der Regierung der faschistischen Diktatur paktieren, dann sind sie

die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse. Auch gegen sie muß der unerbittlichste Kampf mobilisiert werden.

Am 6. November müssen wir derjenigen politischen Partei unsere Stimme geben, die sich vorbehaltlos für die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen Faschismus und Hunger einsetzt, und das ist

die kommunistische Partei Deutschlands.

In vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber unserer Klasse rufen wir die Arbeiterschaft zur Wahl der Liste 3 am 6. November auf.

Aber die Entscheidung fällt nicht im Parlament, sondern in den außerparlamentarischen Kämpfen, in der Organisation des Widerstandes gegen jeden Angriff des Unternehmers, in der Zusammenfassung der Kämpfe unserer erwerbslosen Kollegen mit den Kämpfen der Betriebsarbeiterschaft. Diese Kämpfe müssen sorgfältig und ernsthaft organisiert werden.

Am 1. November, vormittags 9 Uhr, findet in Hindenburg eine Delegiertenkonferenz der

„Die Ausführungen des Vorsitzenden in den freien Gewerkschaften vom 15. Oktober in Bernau eröffnete Ausblicke in die Zukunft, die jeden mit freudiger Zustimmung erfüllen müßten“.

Diese enge Übereinstimmung zwischen dem Faschisten-Führer Strasser und dem Führer unserer gewerkschaftlichen Organisationen Leipart, sind so alarmierend,

daß sie die gesamte Arbeiterklasse auf den Plan rufen muß.

Hier zeigt es sich, wie Recht doch die von unseren Führern so sehr bekämpfte rote Gewerkschaftsopposition hat, wenn sie die schmähliche Rolle unserer Führer immer wieder aufzeigt und kritisiert.

Die Arbeiterklasse geht einem furchtbaren Winter entgegen. Die Notlage, welche im ober-schlesischen Industriegebiet bereits unerträglich geworden ist, wird in den kommenden Wochen grauenvolle Formen annehmen. Nicht nur unsere erwerbslosen Kollegen sind dem Hunger preisgegeben! Auch die im Betriebe noch stehenden Proleten werden sich einem Elend gegenübersehen, daß alles Vergangene übertrifft. Unsere Gewerkschaftsführer verhandeln mit den erbittertesten Feinden unserer Klasse, mit den Baronen und Finanzmagnaten, mit den Groß-Agrariern und Faschisten-Führern und stimmen den ungeheuerlichen Maßnahmen der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse zu.

Uns Arbeitern soll ohne Widerstand das Lohnabbau-diktat der Unternehmer aufgezwungen werden und uns das Recht des Widerstandes und des Streiks genommen werden.

Die Arbeiterklasse muß sich gegen die ungeheuerlichen Pläne zur Wehr setzen,

auch gegen den Willen unserer Führer, die vor der faschistischen Diktatur erbärmlich kapitulieren.

Wir einfachen freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter sind der Auffassung, daß es unsere proletarische Pflicht ist, etwas zu tun, um auch hier im ober-schlesischen Industriegebiet

Betriebsarbeiter und Erwerbslosen für das ober-schlesische Industriegebiet statt.

Diese Konferenz soll Stellung nehmen zu den Maßnahmen, die wir als Arbeiter zu treffen haben, um unsere Front des Widerstandes gegen Faschismus, Lohnraub und Hunger und Elend zu organisieren.

Wir rufen insbesondere die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, sowohl innerhalb der Organisation als auch durch ihre Stellungnahme in ihren Betrieben diese Kampfkonzertierung mit allen Mitteln zu unterstützen

Fort mit der faschistischen Hungerdiktatur!
Es lebe die rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten!

Oppositionsgruppe im BAW., Zahlstelle Poremba.

Die große Sondernummer der „AZ“:

Fünfzehn Jahre sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion

Schon in vielen Nummern der „AZ“ wurde Stellung genommen zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Die vorliegende Sondernummer, 32 Seiten stark, ist ein hervorragendes Dokument und bringt Bilder mit Motiven, die aus den Jahren vor der Revolution stammen. Ungeheuer groß ist der Kontrast, wenn diesen Bildern die heute bestehenden Zustände gegenübergestellt werden. Ueber 100 Bilder bringt so die neue „AZ“. Heute können die Werktätigen der Sowjetunion mit Stolz sagen: „Wir sind die Herren der Fabrik“, und die ausgezeichneten Bilder der verschiedensten Redner zeigen, wie ein Volk sich selbst regiert. Interessant dürfte auch für viele sein, daß die Sowjetunion heute der zweitgrößte Fischereiproduzent der Welt ist. Die Sowjetunion ist heute von erster Stelle an die zweite Stelle der gesamten Weltproduktion gerückt.

„Riesige Anstrengungen, riesiger Aufschwung“ muß sogar Emile Vandervelde, Vorsitzender des Exekutivkomitees der II. Internationale feststellen.

Das Aufheben der Schwierigkeiten, nämlich der Kampf gegen schlechte Arbeit oder gar der Kampf gegen Trunksucht, macht jedem Leser der AZ überzeugend klar, welche ungeheuren kulturellen Leistungen in 15 Jahren durch die Arbeiter und Bauern geschaffen wurden.

Die AZ kostet trotz des vergrößerten Umfangs von 32 Seiten mit über 100 Bildern, nur 20 Pfennig und ist überall erhältlich.

und dafür zu sorgen, daß zahlreiche freigewerkschaftlich organisierte Kollegen als Delegierte gewählt werden.

Laßt euch durch keinerlei Verbummungsmanöver von der Entsendung eurer Delegierten abhalten.

Wir wollen, daß alle Arbeiter sich in einheitlicher Front zusammenschließen. Wir wollen insbesondere Seite an Seite, Schulter an Schulter mit den Kollegen der roten Gewerkschaftsopposition zusammenstehen und kämpfen.

Unser Appell richtet sich aber auch an die christlich organisierten Arbeiter

Eure Führer machen daselbe wie die unseren. Stegerwald steht im Bunde mit Leipart und Tarnow, Siegerwald verhandelt mit den Führern der Nazis, den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse.

Wir wissen, daß auch in euren Organisationen in Hindenburg, Gleiwitz und Reuthen die Stimmung gegen die Führer vorhanden ist, genau so wie bei uns.

Wir rufen euch zu unserer Front! Entsendet christlich organisierte Arbeiter zu der Konferenz am 1. November.

Schließt die Reihen, dann sind wir stark!

Helft alle mit, daß diese Konferenz zu einer wichtigen Kampfgrundlage der ober-schlesischen Arbeiterschaft wird. Helft mit, daß die Konferenz Ausgangspunkt wird für eine breite Welle des organisierten Widerstandes gegen Lohnraub, Faschismus und Hunger!

Kampfbereit **Wahlliste**

EINHEITSFRONT

Aktion

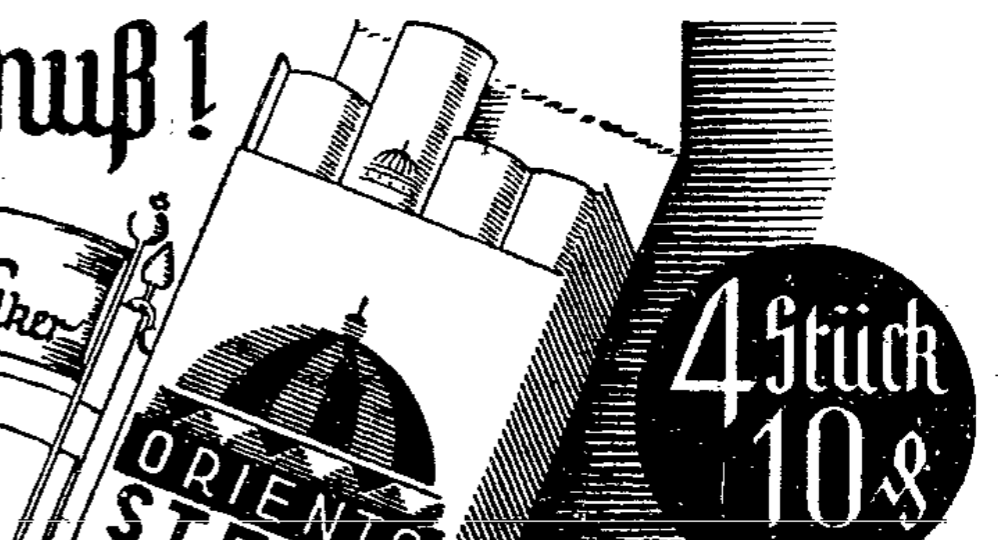
ist auch opferbereit für den Kampffonds der

Oriente-Stern rauchen, heißt sparen mit Genuß!

Genuß und sparen? das verbrug sich bisher schlecht. Aber jetzt gibt es schon für 2½ Pfennige die „Oriente-Stern“, eine Zigarette aus reinen Orienttabaken, mild aromatisch.

Auch Ihnen schmeckt **Oriente-Stern 2½** Mit Gold und Dick-Rand, ohne Mundstück

Mit Soldatenbildern aller Völker



RUND UM DEN ERDBALL

Im „sozialistischen“ Wien

Momentaufnahmen einer sterbenden Stadt — Faschistischer Terror in dem von der Sozialdemokratie beherrschten Wien

Ich hörte jahrelang davon, was es in sozialdemokratischen Zeitungen, daß in Wien auf demokratischem Weg der Sozialismus aufgebaut, ja, daß dort unter sozialdemokratischer Verwaltung der Sozialismus bereits fast verwirklicht sei. Durch einen Zufall hatte ich Gelegenheit, in den letzten Tagen Wien zu besuchen und einige Eindrücke zu gewinnen.

Vom Bahnhof gelangte ich mit der Straßenbahn gleich ins Zentrum der Stadt, auf die sogenannte Ringstraße. Und hier bietet Wien in der Tat einen entzückenden Anblick. Wundervolle Bauten, schöngepflegte, geschmückte Straßen, kurz, der Eindruck von Wohlstand und Wohlergehen. Wahrlich, dachte ich, es scheint in der Tat hier mit dem Sozialismus etwas los zu sein.

Plötzlich bemerkte ich eine Kundendemonstration sich durch die Straßen bewegen. Fackelzüge, Musik, Fahnen und Transparente. Was denn los sei? Noch bevor ich Antwort auf diese Frage erhielt, kam der Zug näher und ich brauchte nicht erst auf Antwort zu warten. Es war hier so eine Art Gemisch von Kirchenprozession und Fackelzug. Die Transparente und Fahnen schienen den Kirchen entnommen zu sein. Ein Wachmann gab mir folgendes zur Antwort: „In Wien ist ein neuer Erzbischof ernannt worden. Dieser Fackelzug, an dem die Regierung und die Spitzen der Behörden teilnehmen, findet zu Ehren des neuen Erzbischofs statt.“

Ich verließ die Hauptstraße und bog in eine der Seitenstraßen ein. Da ich in den letzten Tagen von Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nazis im Stadtviertel Simmering gehört hatte, lenkte ich meine Schritte dahin. Im Nu ändert sich hier das Bild. Es ist, als befände man sich in einer andern Stadt. Holprige Straßen, alte, öde Häuser, Mietkaternen im schlimmsten Sinne des Wortes, die in jeder Hinsicht den Eindruck von Kaugummi erwecken.

Auffallend viel Polizisten auf den Straßen. Kaum, daß ich für einen Moment vor einem Hause stehen geblieben bin, werde ich in nicht gerade höflicher Weise von dem Wachmann zum Weitergehen aufgefordert. „Warum denn?“ — „Hier ist nichts zu fragen, Schaugen's, daß Sie weiterkumma!“ Ich sah diese Wachleute in brutaler Weise gegen Arbeiter vorgehen, während Nazis, die in SA-Uniformen da herumspazierten, von den Wachleuten gegrüßt und in jeder Hinsicht protegirt wurden.

Ich kam zum Haus des sozialdemokratischen Arbeiterheims, an dem sich vor kurzem die Kämpfe zwischen Nazis und Arbeitern abgepielt haben. Schon äußerlich bietet dieses Haus ein Bild vandallischer Verwüstung. Die Fenster sind zertrümmert, die Türen aufgebrochen. Einen Blick ins Haus konnte ich nicht machen, weil alle Zugänge von der Polizei besetzt gehalten werden.

In einem Seitengäßchen dieser langen öden Straße, der Simmeringer Hauptstraße, standen Arbeitergruppen und diskutierten vor einem Haus. Kaum, daß sich ein Wachmann zeigte, zogen sie sich ins Innere des Hauses zurück. Ich kam bald mit einer solchen diskutierenden Gruppe ins Gespräch. Unter den Arbeitern herrscht ungeheure Erbitterung und Empörung.

„Zeit haben wir es gebracht“, sagte mir ein Arbeiter. „20 Jahre bin ich in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, aber daß es in Wien soweit kommen würde, hätte ich nie gedacht. Jetzt haben wir den Heimwehführer Jen zum Polizeiminister erhalten. Wir Arbeiter sind in dieser Stadt vollständig rechtlos. Seit einer Woche finden hier allabendlich Hausdurchsuchungen statt. Mehr als 50 der aktiven Mitglieder des Schutzbundes wurden verhaftet, nur, weil sie sich gegen den Terror der Nazis gewehrt hatten. Unter dem Schutz der Polizei provozieren die Nazis hier täglich in frechster Weise.“

„Habt ihr denn nicht in Wien einen sozialdemokratischen Landeshauptmann und Bürgermeister?“

„Jawohl, den haben wir. Aber wir sind hier ebenso rechtlos wie zur Zeit des Kaisers, vielleicht noch rechtloser. Uns werden

Aufmärsche und Demonstrationen verboten, während die klerikalen Fackelzüge und Demonstrationen veranstaltet und die Nazis unter dem Schutz der Polizei aufmarschieren können. Jahrelang hat man uns erzählt, daß wir hier in Wien den leidhaftigen Sozialismus haben. Wissen Sie, was ein Glend hier herrscht? Wissen Sie, daß bei uns Arbeiter im Durchschnitt 120 bis 140 Schilling (60 bis 70 Mark) monatlich verdienen? Daß es in Wien mehr als 100 000 ausgesteuerte Arbeitslose gibt, die buchstäblich verhungern, daß bei uns Unterernährung und Seuchen in einem solchen Maße herrschen wie vielleicht in keiner Stadt

der Welt? Wollen Sie sich mal ansehen, wie wir hier wohnen, wie wir hier leben? Betreten Sie jedes Haus hier und überall werden Sie das gleiche sehen.“

Ich folgte dem Sprecher in seine Wohnung, drei Arbeiter begleiteten uns. Die Wohnung besteht aus einer kleinen Küche und einem Zimmer mit den Fenstern auf den Hof. In der Wohnung hockten eine Frau und fünf Kinder. Aus jedem Winkel hier guckten Armut und Not hervor.

„Sehen Sie“, sagte er, „90 Prozent aller Arbeiterwohnungen sehen so aus. Man erzählt uns, daß wir in Wien billiger wohnen als in der ganzen Welt. Nennen Sie das ein Wohnen? Lächerlich ist es und keine Wohnungen! Aber das Schlimmste von allem: es wächst die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Die Unterfütterung, die man erhält, ist fürs Leben zu wenig und fürs Sterben zu viel. Außerdem werden täglich immer mehr ausgebeutert und erhalten überhaupt keine Unterfütterung. Unsere Stadt stirbt allmählich ab. So sieht es bei uns im „sozialistischen“ Wien aus.“

Das war der erste Eindruck, den ich vom sozialistischen Wien bekommen habe. Leo.

Kulturbalschewismus

Liquidierung des Analphabetismus — Aufstieg der Produktion

Die wichtige Entfaltung des sozialistischen Neuaufbaus in der ganzen Sowjetunion und die breiteste Durchführung der leninistischen Nationalitätenpolitik gestatten den früher rückständigen Gebieten eine entscheidende Entfaltung der Wirtschaft und der Kultur dieser Länder. So berichtet der Rapport des Vorsitzenden des Volkskommissarenrats und der Leiter der Parteiorganisation der Tatarenrepublik an die Genossen Stalin und Molotow über den erfolgreichen Abschluß der Getreideaufbringungslampagne in der Tatarenrepublik. Zum 22. Oktober war die Getreideaufbringung hundertprozentig erfüllt. Die Maschinen- und Traktorenstationen hatten den Plan bereits am 13. Oktober erfüllt. Die Herbstarbeiten sind übererfüllt, ebenso die Silo-frierung des Viehfutters.

Aus Anlaß der Erfüllung des Getreideaufbringungsplans der Tatarenrepublik widmet die „Pravda“ der Republik zahlreiche Berichte tatarischer Kollektivwirtschaftler und veröffentlicht einen Offenen Brief des Kollektivgutartels der Tatarenrepublik, „1. Mai“, das, fern von Eisenbahnen gelegen, in der Sowjetunion bisher wenig Aufmerksamkeit erweckt hat. In dem Brief werden die erfolgreichen Erntearbeiten, die gute Arbeitsorganisation und die Vermeidung von Kornverlusten festgestellt und es wird weiter vermerkt, daß infolge der Unterstützung durch die kommunistische Organisation die Einnahmen des Kollektivartels auf das Dreifache gestiegen sind. Die Kollektivwirtschaftler berichten über die Produktion und fordern die anderen Kollektivgüter auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Weitere Berichte stellen neben der Entfaltung der Land-

wirtschaft der Tatarenrepublik, in der die Saatfläche im Jahre 1932 um 134,4 Prozent gegenüber jener von 1928 gestiegen ist, fest, daß auch der kulturelle Aufbau und die sozialistische Industrie stark angewachsen sind. Die Produktionsziffern betragen im Jahre 1928 79 Millionen Rubel, im Jahr 1931 230 Millionen Rubel und im Jahr 1932 370 Millionen Rubel.

Das Analphabetentum ist durch die Neueinführung des lateinisierten Alphabets von 85 auf 6 Prozent gesenkt worden. Die Anzahl der tatarischen Volksschulen ist von 35 vor der Revolution auf gegenwärtig 1730 gestiegen, die Anzahl der Volkshochschulen von 3 mit nur 10 tatarischen Schülern auf 20 mit etwa 3000 tatarischen Studierenden. Der Anteil der Tataren am Proletariat ist auf 43 Prozent gestiegen. 60 Prozent der Saatfläche, die von Maschinen- und Traktorenstationen bearbeitet wird, entfällt auf tatarische Kollektivgüter. 67 Prozent der tatarischen Landwirtschaftsbefestigungen sind kollektiviert. Auch die leitenden Organe der Tatarenrepublik sind zu mehr als die Hälfte von Tataren besetzt. Der kulturelle Aufstieg zeigt sich auch im Ansteigen der periodischen Presse: während im Jahre 1930 in tatarischer Sprache nur 37 Zeitungen und Wochenzeitschriften erschienen, waren es 1932 bereits 114.

Die Parteiorganisation ist gleichfalls andauernd angewachsen. Während in den Jahren 1922 bis 1928 nur 4500 neue Parteimitglieder zu den alten hinzugekommen waren, ist ihre Anzahl seit 1928 um mehr als 9000 angewachsen. Dabei ist der Prozentanteil der Tataren von 26 auf 40 gestiegen.

Das Blitzlicht

Die Säuglinge für Hitler

Wen führt Hitler? Daß unter den Massen, die Hitler nachgelagert sind, sich eine Ernüchterung breitmacht, daß viele seiner Anhänger bereits seine wahre Frage zu erkennen beginnen, das ist heute den Naziführern klar. In den letzten Tagen nun hat der „Völkische Beobachter“, um doch etwas Stimmung hereinzubringen, wieder aufzutrompfen begonnen. Im „Völkischen Beobachter“ vom 23. Oktober findet man auf der ersten Seite des ersten Beiblattes ein Bild mit der Unterschrift: „Sie warten stundenlang, um den Führer zu sehen.“

Wer sind die, die stundenlang warten, um den Führer zu sehen? Wer ist so begierig? Ein Blick auf das Bild gibt die Antwort. Neben einigen SA in Uniform sind es Säuglinge und einige, die bereits selbst auf den ... nu, man weiß ja ... machen können.

Kurz, die Säuglinge für Hitler.

Der Wundertäter

„Haben Sie schon gelesen? In einem Saal, oder besser gesagt in einem Zelt, das ungefähr 20 000 Personen faßt, hat Hitler vor Hunderttausend gesprochen.“

„Aber wie ist das möglich?“

„Nenn's, ich habe es doch selbst im „Völkischen Beobachter“ gelesen.“

„Aber wie ist es doch möglich?“

„Nun, du weißt doch, unser Führer arbeitet nur mit Hilfe der Besetzung. Kurz, frage nicht so dämlich; wenn im „Völkischen Beobachter“ steht, sind es Hunderttausend, auch wenn der Saal nur tausend faßt. Auf Kuller kommt es bei uns nicht an; von denen haben wir unter den Führern mehr als genug.“

Abgekurbelt

Wie hat die Anfurbelung eigentlich begonnen? Nun, es ist ja noch in aller Erinnerung. Begonnen hat die Anfurbelung eigentlich mit dem Zwidel. Der Zwidel war gewissermaßen der Faktor, der den Stein ins Rollen brachte. Und es kurbelte in ganz Deutschland.

Plötzlich aber kam das Unerwartete: der Zwidel ist kein Zwidel mehr. Das heißt: wer will, kann natürlich einen Zwidel tragen, aber nicht auf Grund der Notverordnung. Diejenigen, die eifertig sich bereits Zwidel angehaßt haben, haben jetzt die Möglichkeit, dieselben am Rücken, auf dem Kopf oder sogar auf dem Winterrock zu tragen. Aber wie gesagt, verpflichtet sind sie dazu nicht. Da taucht die uns alle bewegende Frage auf: Wenn der Zwidel die eigentliche Anfurbelung war, bedeutet die Aufhebung des Zwidelerlasses nicht eine Abkurbelung? In der Tat scheint es so, daß wir von der Anfurbelung plötzlich und jäh in das Reich der Abkurbelung geraten sind.

Schwerer Eisenbahnunfall auf der Strecke Hirschberg—Görlitz

Vier Personen verletzt

Hirschberg, 25. Oktober. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am Montagabend auf der Strecke Hirschberg—Görlitz vor der Station Reibnitz. Ein von der Station Hirschberg abgegangener Güterzug rief vor der Station Reibnitz auseinander. Während die Maschine mit einem Teil des Zuges nach der Station fuhr, blieb der andere Teil des Zuges auf der Strecke in einem tiefen Einschnitt stehen. Der von Hirschberg um 18.20 Uhr abgehende Personenzug fuhr auf diesen Teil des Güterzuges auf. Die Maschine des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges entgleisten. Vier Reisende wurden verletzt. Mehrere Ärzte und die Sanitätskolonne von Hirschberg wurden nach der Unfallstelle beordert und leisteten die erste Hilfe. Die Verletzten wurden nach Hirschberg in ein Krankenhaus gebracht. Der Materialschaden ist sehr groß. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten, doch erleiden die Züge bis zu zwei Stunden Verspätung.

Diese fortwährenden Eisenbahnunfälle sind eine notwendige Folge der kapitalistischen Rationalisierungs- methoden und erfordern immer mehr Opfer.

Bürgerjöhndchen ermordet Gelbbriefträger

— und findet milde Richter

Düsseldorf, 25. Oktober. Das Düsseldorfer Sondergericht verurteilte am Montag nach etwa zwölfstündiger Verhandlung den 18-jährigen Versicherungslehrling Peter Schildmeyer wegen schweren Raubes in Tateinheit mit verlustem Totschlag zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Schildmeyer, ein Sohn achtbarer Eltern, der das Gymnasium bis zur Obersekundareife besucht hat, hatte am 9. September dieses Jahres einen Gelbbriefträger niedergeschlagen und um 1130 Mark beraubt. Der Ueberfallene, dem die Schädeldecke handflächengroß etwa zwei Zentimeter eingedrückt worden war, befindet sich noch im Krankenhaus. Das Gericht hat nicht, wie die Anklage behauptet, Mordversuch angenommen, da es nicht für ausgeschlossen hielt, daß bei dem Angeklagten, bedingt durch seine Jugend und seine geistige Beschaffenheit — die Sachverständigen bezeichneten ihn als geistig minderwertig und als phantastisch-hysterischen Psychopathen — eine besondere Erregung bestanden hat, die bei ihm im Augenblick der Tat die Abwägung der für oder wider die Tat sprechenden Umstände ausgeschlossen habe. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Zuchthaus beantragt.

Frau Hanau — die größte Schwindlerin

hat wieder Bewegungsfreiheit

Paris, 25. Oktober. Frau Hanau, die frühere Präsidentin der Gazette du Franc und letzte Leiterin der Finanzzeitschrift „Force“, die sich seit Monaten wegen Hehlerei in Untersuchungshaft befand, ist am Montag in Anbetracht ihres Gesundheitszustandes vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Frau Hanau befand sich schon seit Wochen in einer Klinik. Sie hatte bei einem Kraftwagenunfall eine schwere Beinverletzung davongetragen. Der Prozeß, der ursprünglich vor zwei Wochen stattfinden sollte, mußte im Zusammenhang damit verschoben werden.

Zusammenstoß zwischen Benzin-Lastwagen und Güterzug

Der Chauffeur getötet

Paris, 25. Oktober. In Arpajon stieß am Montagabend ein Lastkraftwagen, der Benzin geladen hatte, mit einem Güterzug zusammen. Eine fürchterliche Explosion war die Folge. Das brennende Benzin ergoß sich nicht nur auf die Eisenbahnwagen, sondern auch auf zwei in der Nähe liegende Wohnhäuser. Als die Feuerwehr eintraf, standen die beiden Häuser, sowie mehrere Wagen des Güterzuges in hellen Flammen. Nur mit Mühe konnte ein weiteres Umschlagreifen des Brandes verhindert werden. Das eine der beiden Häuser, in dem sich ein großes Kaufhaus befand, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Aus den Trümmern des bis auf die Giebelteile völlig verbrannten Lastkraftwagens wurde der Leiche des Führers geborgen, der sich nicht mehr rettend in Sicherheit hatte bringen können.

Bunblau und Münzbräutigam

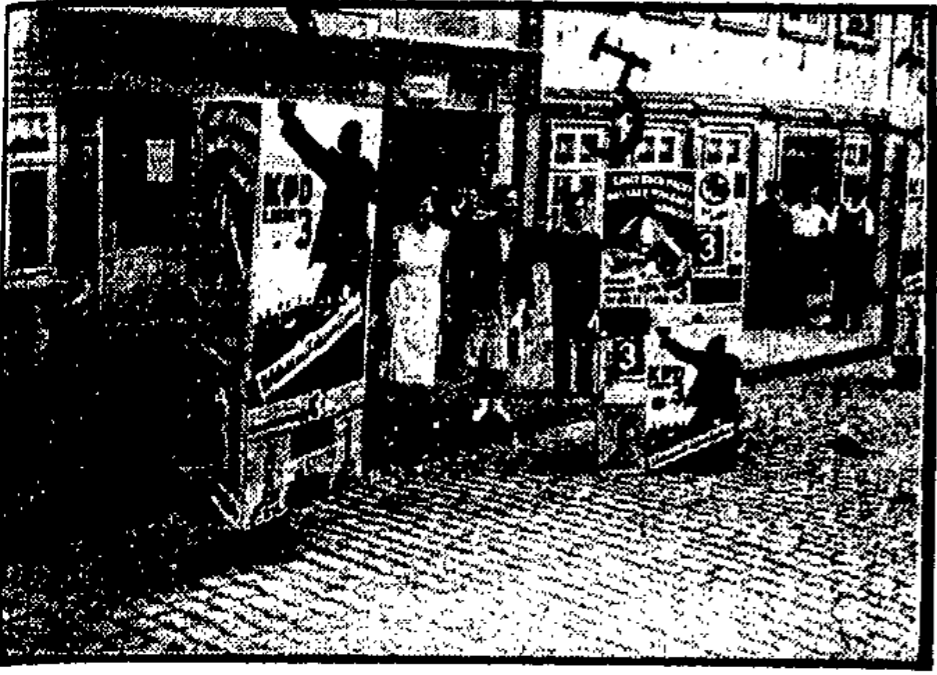
Breslau, 26. Oktober.

Das rote Breslau rüstet für den Sieg der Liste der Kommunisten

Im Westen flattert auf einem Schornstein eine rote Fahne, die weithin den Ruf verkündet:

Wählt Liste 3!

Doch nicht nur im Westen rühren sich die Genossen, auch im Zentrum zeigen die Proleten in den ersten Straßenzügen ihre Sympathie für die Liste 3 der Kommunisten.



In allen Arbeiterquartieren müssen die roten Fahnen und Transparente aus den Fenstern hängen. Überall muß die Aufforderung für die Wahl der Liste 3 stehen. Überall muß zu lesen sein:

**Jeder Prolet ist bei der Wahl dabei,
Doch alle wählen nur Liste 3
K o m m u n i s t e n !**

Betriebsarbeiter!

Hast Du schon eine Eintrittskarte zur Kundgebung im Messehof am Freitag, dem 28. November, in der der Genosse **W i l l i M i n z e n b e r g** spricht?

Am Freitag findet vor allen Betrieben der Verkauf der Eintrittskarten statt. Besorge Dir rechtzeitig eine Karte! Der Eintrittspreis für Vollarbeiter beträgt 40 Pfg., für Erwerbslose 20 Pfg.

Achtung! Rote Sportvereine!

Antreten zur Massenkundgebung im Messehof in Sportkleidung. Treffen 19 Uhr dortselbst. Auskleideräume vorhanden. Erscheinen aller ist Pflicht.

Faschisten vor dem Sondergericht

Zu Beginn der heutigen Verhandlung stehen die Aussagen derjenigen Zeugen, die den Ueberfall der Faschisten auf den Genossen Obft von ihren Fenstern aus gesehen haben. Dann wird Frau Kröstin vernommen, die zugeben muß, daß bei einer Hausdurchsichtigung Waffen bei ihr gefunden wurden. Die Angabe des Angeklagten Scholz, Frau Kröstin habe ihm und Blasel Waffen ausgehändigt, wird immer härter gestützt. Die nun auftretenden SA-Leute haben alle die gleichen Aussagen, sie wissen, wie läßlich, nichts. Zu den Waffen, die man bei den Kröstinischen Gartenwächtern gefunden hat, erklärt der SA-Scharführer Köffel, er habe einen dicken, langen Gummiknüppel nicht als Waffe angesehen, denn es bestände ein Befehl des „obersten Führers“, nach dem keine Waffen zu tragen sind. Beachtenswert ist die Feststellung, daß die Nazis in dieser Zeit immer einen Posten vor das Haus stellten, wo Rechtsanwalt Dr. Eckstein wohnt. Der Angeklagte Scholz bleibt bei seiner Aussage, er habe Kühnel nach dem Ueberfall gesehen und gesprochen und Kühnel habe ihm selbst gesagt, daß er den Genossen geschlagen habe. Köffel versucht die Situation zu retten, indem er Scholz als Späher hinzustellen versucht. Scholz erwidert, er habe in der NSDAP und in der SA im Gegenteil immer als besonders vertrauenswürdig gegolten, und als er aus wirtschaftlichen Gründen aus der Partei austreten wollte, sollte ihm ein „Pate“ gestellt werden, der seine Mitgliedsbeiträge zahlen sollte. Es lag den Nazis also sehr viel an Scholz. Freudenreich, ein Neunzehnjähriger, wird gestragt, was er von Beruf sei. „Beruf SA-Mann“ antwortet er. Es ist viel von Befehl, Ordnung, Patrouille, Gruppe, Parole und Wache die Rede, so daß man glaubt, es handelt sich um einen Bericht von einem Reichwehrmandöver. Der SA-Sturmführer Kröstin erklärt, er habe die Wache in sein Haus nehmen müssen, weil zur „Abwechslung“ mal die Gegenseite einen Angriff auf ihn machen wollte. Er kenne den Täter. Kühnel sei es nicht. Ueber die Frage, wer der Täter sei, verweigert er die Aussage darüber mit der Begründung, es handele sich um einen Verwandten. Kröstin faßelt dann noch etwas von Revolvern, die in seine Wohnung hineingeworfen worden sind, um ihn zu verächtigen, und von Gummiknüppeln, die die politischen Gegner in seinen Garten geworfen hatten, von Tomatengärten, die zertrampelt sind. Die SA-Leute haben das nicht getan. Der Staatsanwalt fragt, warum Kühnel, der mutmaßliche Haupttäter, sofort nach dem Ueberfall abkommandiert worden sei, so daß die Staatsanwaltschaft hinter ihm einen Steckbrief erlassen mußte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den schworbelasteten Kühnel eine Zuchthausstrafe von einem Jahre einem Monat, und gegen die beiden anderen SA-Leute drei Monate zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte Kühnel nur ebenso wie Blasel und Scholz zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Das ist das gewöhnliche Ende von Prozessen gegen Nationalsozialisten, die mit lächerlich geringen Strafen trotz schwerster Beweise milde Richter finden, während man Proleten für Jahre in die Zuchthäuser schiebt.

Einigkeit und Geschlossenheit gegen den bankrotten Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus

Renegat Keim und Sapler Kalinke einig gegen Einheitsfront und Streikaufgaben der Gewerkschaften

Breslau. In der Buchdruckerversammlung am 19. Oktober sollte der hier noch nicht bekannte Eisenbahnerbunze Kauter sprechen über „Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“. Derselbe erschien wegen Erkrankung nicht. Der von den Saplern vorgeschlagene Renegat Walcher hatte abgejagt. Bauvorsteher Feige wurde als Ersatz abgelehnt. Vebauersicherweise waren in der schwachbesuchten Versammlung größtenteils nur „Auentwege“ der SPD. und SAP. erschienen. Die falsche Taktik der durch die reformistische Politik verärgerten und angeleiteten Mitglieder, den Versammlungen fernzubleiben, erleichtert den Bürokraten die Durchführung der arbeiterfeindlichen Politik. Besonders darf gerade die erwerbslosen Kollegen ihre elende Lage nicht hindern, die Versammlungen zu besuchen.

Die Sapler-Fraktion reichte eine Entschließung ein, die den Hauptvorstand in Berlin ersucht, NSDAP-Mitglieder nicht als Verbandsmitglieder gelten zu lassen. Sie wurde ohne Widerspruch angenommen und dürfte wohl schon in zwei Tagen im Papierkorb in Berlin gelandet sein. Ein oppositioneller Kollege reichte eine Entschließung ein, die Keim sofort beanstandete. Daraufhin begründete sie der oppositionelle Kollege noch besonders, indem er unter anderem auf die Verzweiflungstimmung der Erwerbslosen hinwies, die keine Lösung durch Selbstmord finden darf, wie Keim bekannt gemacht habe, sondern durch Kampf gegen die Ausbeuter. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, für diese Entschließung zu stimmen.

Die Opposition fordert den Kampf!

Die eingebrachte Resolution befaßte sich zunächst mit den Maßnahmen der Papen-Regierung gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und zeigte die Rolle der Gewerkschaftsführer auf, die die Arbeiter nur zur Niederlage führen können. Die Resolution sagt den Ausbeutern, daß sie ihren Kampf nur an der Seite der kommunistischen Partei erfolgreich führen können, und ruft zur Schaffung der revolutionären Einheitsbewegung und zum gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten, zum gemeinsamen Kampfbedeutnis der Liste 3 auf. Die Resolution schließt mit dem Appell:

**Alle Hände stehen still, wenn dein harter Arm es will!
Fort mit Papen, Hitler und seinen Lakaien!
Der mit Freiheit, Arbeit und Brot!**

Das sind die Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaftsmitglieder.

Der bekannte Schaukelmann Nippel sprach gegen die Annahme mit der Begründung, daß jetzt nicht gestreikt werden dürfe. Durch die schon erwähnte Zusammensetzung der Versammlung fand diese Entschließung keine Mehrheit. Die Sapler stimmten dagegen, wie sie ja in letzter Zeit schon immer deutlich ihre Lakaienrolle für die SPD. bewiesen haben. Ihr „revolutionärer Klassenkampf“ ist derselbe Schwindel und Betrug, wie bei der SPD. Deshalb müssen und werden alle ehrlichen Proleten der Sapler-Partei den Rücken kehren und sich zum Kommunismus orientieren.

Die Versammlung beschäftigte sich nun mit anderen „wichtigen Dingen“, wie Restantenfragen, Weihnachtsfeier usw. Interessant war lediglich die Feststellung, daß der Geschäftsführer der SPD, „Vollswacht“, „Genosse“ Pelz, zu den Beitragsrestanten gehört, und zwar in Höhe von etwa 100 Mark. Keim brach auf diesen nicht angenehmen Zwischenfall sofort „ganz objektiv“ eine Lanze für seinen politischen Freund und Arbeitskollegen, obwohl Pelz selbst anwesend war. „Gewöhnliche“ Mitglieder werden unter solchen Umständen natürlich „anz anders“ behandelt. Pelz bezahlt auch nicht die Beiträge wie alle anderen an den Druckereiführer, sondern ist „Einzelszahler“. Die Reste seien hauptsächlich dadurch entstanden, daß Pelz krankheitshalber längere Zeit nach Bad Niffingen geschickt wurde, was für „gewöhnliche“ Mitglieder natürlich auch nicht in Frage kommt. Es wurde dabei behauptet, daß die ursprüngliche Höhe der Reste von 121 Mark zu hoch gewesen sei und Svorn einige unterzulegen habe. Pelz habe keine Quittungen über die gezahlten Beiträge gehabt und müsse sie jetzt nochmals beschaffen. Ob das Svorn gewußt hat? Jedenfalls hat sich Pelz bereit erklärt, die Reste in Raten abzuzahlen und sogar schon damit angefangen.

Steuer erklärte seine Kandidatur über die Verhältnisse in der Lehrlingsorganisation, die politisch verkehrt sei von rechts und links. Als einziger Kandidat für den bezahlten Vorsitzenden wird der bekannte SPD-Funktionär Birnbach-Hirshberg für Urwahl gestellt. Als angestellter Kassierer die Kollegen Meinert, Weigt und Steuer. Wir fordern die Kollegen auf, sich an der eilig durchgeführten Urwahl restlos zu beteiligen und ungültige Wahlzettel abzugeben. Die in der Resolution erhobene Forderung zur Organisierung des betrieblichen Lohnkampfes gegen jede Verschlechterung, muß in allen Betrieben popularisiert und in die Praxis umgesetzt werden. In dieser Weise können wir am besten für die kommende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit rüsten und alle Arbeiterfeinde schlagen.

Was ein 63jähriger von der Landpropaganda berichtet

Dels. Am vergangenen Sonntag machte ich mich als 63jähriger zu einer Landpropaganda (40 Kilometer entfernt) allein auf. Der Erfolg war: außer Werbematerial vertrieb ich für 3,30 Mark Broschüren und Zeitungen. Wenn ich dies erwähne, geschieht es nicht, um mich zu loben, nein, damit erfülle ich nur meine proletarische Pflicht als Klassenkämpfer. Sehr viel elende Verhältnisse habe ich während meiner beruflichen Tätigkeit in Schlesien, Sachsen, Ostpreußen usw. kennengelernt; was man aber jetzt bei diesen armen Landproleten auf den Domänen für Zustände antrifft, spottet jeder Beschreibung. Das eine stelle ich fest. Ich habe Armut im alten zaristischen Rußland gesehen, aber schlimmer waren diese Leute auch nicht daran. Und da wagt man es andauernd im Rundfunk, in Broschüren, ja selbst von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite (die mit besonderem Nachdruck. Die Red.) auf Zustände hinzuweisen, wie sie im heutigen sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat — in Sowjetrußland — existieren sollen.

Geht auf die schlesischen Domänen, ihr Heuchler und Demagogen, ihr werdet dort Zustände finden, die eine Schande für die heutige herrschende Klasse sind.

Unsere Pflicht ist es nun, das so gepeinigete Landproletariat zu

wedden und ihm den Ausweg aus diesem verruchten kapitalistischen System zu zeigen.

Diese Zuschrift erhielten wir von einem 63jährigen Proleten, der seine revolutionäre Pflicht auch als Greis noch tut. Er berichtet über seine Erfolge auf der Landagitation und weist darauf hin, daß es unsere Pflicht ist, das gepeinigete und gedrückte Landproletariat zu wedden und ihm den Ausweg aus Elend und Not zu zeigen.

Hörst du es, Stadtprolet und Zumarbeiter?! Willst du da zurückstehen? Nein! Zeige allen deinen Arbeitskollegen und Arbeitsschwärmern im Betrieb, im Kantor, an der Stempelstelle, überall dort, wo du Gelegenheit hast, den Ausweg! Zeige ihnen an Hand von Beispielen den Niedergang in der kapitalistischen Privatwirtschaft in Deutschland und allen kapitalistischen Staaten und den Aufstieg und die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft im ersten Arbeiter- und Bauernstaate. Zeige ihnen die politische und wirtschaftliche Knebelung im Lande Hindenburg-Papens und stelle ihnen die wirkliche Freiheit im Lande der Arbeiter- und Bauernherrschaft entgegen, und sie werden begreifen lernen, warum es gilt, allen Feinden der Welttätigen den schärfsten Kampf anzusagen. Sie werden auch verstehen, daß sie am 6. November keine andere Liste als die der Kommunisten, Liste 3, wählen können.

Die ganze Welt



wann?
Städtische Sparkasse zu Breslau

Ein alter Genosse als leuchtendes Beispiel

Der 67jährige Kampfbundgenosse **G ö r l i g** hat als erster auf die Liste des Kampfbundes gegen den Faschismus den Betrag von 7,05 Mark (sieben Mark und fünf Pfennige) gesammelt und auch abgerechnet.

Er hat damit mit manchem jungen Genossen den Wettbewerb aufgenommen, und wir rufen allen Genossen zu: Nehmt auch an dem Genossen Görlig ein Beispiel! — Schafft Wahlpulver für die Liste 3 der Kommunisten!

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: **O s k a r P ö h l i c h** in Breslau. — Für die übrigen Seiten: **Alfred F e n d l i c h**, Berlin. — Für Inserate: **Albert C a l l a m**, Breslau. — Verlag u. Druck: **Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H.**, Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Büchereihaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Billige Fisch-Woche
8 Fett-Büchlinge . . . 25 Pfg.
Fettschotten 10 Stück 38 Pfg.
„Hartuna“ Liegnitz

Sonnabend großer Agitations- und Sammeltag in ganz Breslau

Alle Mitglieder der Partei und aller proletarischen Massenorganisationen und der Rote Massenselbstschutz müssen sich restlos an dieser Werbearbeit für die Liste 3 beteiligen. Treffpunkte werden noch bekanntgegeben.

Waldenburg

Genosse Friß Ulbrich, Sophienau tödlich verunglückt

Sophienau. Am Sonnabend, dem 22. Oktober, um 22 Uhr, wurde Genosse Friß Ulbrich, Kollektor der Ortsgruppe der KPD, ein Opfer der kapitalistischen Anarchie. Seine geringe Wohlhabensunterstützung reichte nicht dazu, Kohlen zu kaufen. In einem kleinen Stollen buddelte er nach Kohle. Das Gestein brach zusammen und erschütterte unseren braven Genossen Friß.

Auf einer Seite türmen sich die Kohlenhalben zu riesigen Bergen, auf der anderen Seite haben Millionen Erwerbslose kein Geld, um sich einige Feinere Winterkohle zu kaufen. Genosse Friß wurde ein Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, des Moloch Kapital.

Die Ortsgruppe verliert in ihm einen der aktivsten Genossen, der als Delegierter des Einheitskongresses in Breslau den Weg zur revolutionären Partei des Proletariats, der KPD, nach diesem Kongress fand. Seine volle Kraft stellte er in den Dienst des Massenbewussten Proletariats. Nicht länger konnte er die Politik seiner sozialdemokratischen Führer mitmachen, und wurde einer der eifrigsten Funktionäre der Partei Lenins, Liebknechts und Luxemburgs.

Der grauenerregende Tod ereilte Genossen Friß acht Tage nach seinem 32. Geburtstag. Es war der Tag, an dem er vor zehn Jahren mit seiner lieben Frau, mit der er in glücklicher Ehe und bester Harmonie lebte, die Ehe schloß. An seiner Bahre steht neben seiner Frau sein elfjähriges Töchterchen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, um 15 Uhr, vom Trauerhause Sophienau 17 aus statt. Wir ersuchen alle Genossen der Partei und der proletarischen Organisationen, unserem so tragisch aus dem Leben geschiedenen Genossen Friß das letzte Geleit zu geben.

Wir senken die roten Fahnen vor einem toten Kämpfer um Freiheit und Recht und geloben an seinem offenen Grabe, sein begonnenes Werk fortzusetzen und die Lücke, die uns durch seinen Tod gerissen wurde, auszufüllen.

Ein letztes „Rot Front“, braver, guter Genosse Friß!
Ortsgruppe Sophienau der KPD, U.S. Waldenburg.

Noch ein SA-Standartenführer als Sprengstoffattentäter

Waldenburg. Der Führer der nationalsozialistischen SA-Standarte 16 (Waldenburg), Kaufner, in Wittmannsdorf, wurde unter dem Verdacht, Mitwisser der Sprengstoffattentate in Schlesien zu sein, im Gefängnis des Oberstaatsanwalts von Schweidnitz verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Schweidnitz übergeführt.

Wir haben schon die Mitteilung gebracht, daß gegen den SA-Oberführer Mittelerschlesien-Süd von Obernitz und dessen Adjutant Graf Sprelli, beide aus Reichenbach, aus denselben Gründen Verhaftungsbefehl erlassen werden mußte. Diese zwei sind kurzlos verhaftet. Der Kommandeur der Einheit aus Breslau weiß sicher nicht nur wo diese beiden sind, sondern wird auch alle Zusammenhänge über die Sprengstoffattentate lernen. Die SA-Proleten erleben jetzt am besten, wie sie von den Führern aus dem sicheren Hinterhalt bewußt und fanatisch gegen die revolutionären Arbeiter aufgebracht wurden. SA-Prolet, jetzt aber Schluss! Reibe dich ein in die rote Front!

Achtung, Wahl-Sondernummer!

In den nächsten Tagen geht an die Adresse der Genossen Kolporteur die Wahl-Sondernummer der „Arbeiter-Zeitung“ ab. Genossen, sorgt für sofortige Verbreitung derselben vor den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten. Benutzt diese Wahl-Sondernummer der „Arbeiter-Zeitung“ zur Steigerung unierer künftigen Leserschaft, zur Werbung neuer Abonnenten und zur Verbreitung und Stärkung unseres revolutionären Einflusses in Betrieb, Gewerkschaft und sämtlichen Massenorganisationen des Proletariats. Verbt unermüdet für die Liste 3, Kommunisten!

Ortsgruppenkassierer

Gibt uns sofort Nachricht, welche Beträge von der Sammlung für den Kampffonds ihr bis heute an die Unterbezirksleitung abgerechnet habt.
Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Jedes Dorf ein Stützpunkt für die Einheitsaktion!

Schmiedet das Kampfbündnis zwischen Stadt und Land für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Landeshut. Am 23. Oktober haben wir den Reichsturm-Landeshut durchgeführt. Es wurden von uns folgende Orte bearbeitet: Zehdenick, Reuzendorf, Johndorf, Altwiesbach und Havelbach. Von den verschiedenen revolutionären Organisationen beteiligten sich insgesamt 17 Genossen. An Literatur und Zeitungen wurden für 14,70 Mark umgelegt.

In allen Dörfern mußten wir eine starke Stimmung gegen die Wahlen herstellen. Es herrscht die Auffassung: „Das hat ja doch keinen Zweck.“ Gerade hier müssen unsere Genossen einsehen und den Willen betonen, daß, wenn sie nicht wählen gehen, sie der Partei und Hitler ihre Unterstützungsbüchse entziehen. Am 6. November muß das werktätige Volk in Stadt und Land durch die Stimmabgabe für die KPD, Liste 3, den Willen zum gemeinsamen Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik demonstrieren.

Ein alter Gemeindeführer erklärte uns: „Die SPD ist schuld an dem heutigen Zustand.“ Die SPD-Arbeiter erkennen also immer klarer die für die Arbeiterklasse verderbliche Politik der SPD. Hier muß es nachhaken!

Wie die Nazimänner von Hitler und Co. betrogen werden, zeigt folgender Ausbruch eines SA-Mannes: „Thälmann war schon früher Minister, der ist gar kein Arbeiter, und in Rußland herrscht die Hungerkatastrophe.“ Solche Ansichten sind unter den Anhängern der Nazi auf dem flachen Lande weit verbreitet, obwohl selbst bürgerliche Zeitungen zugaben mußten, daß erstens Thälmann ein Hamburger Transportarbeiter ist und daß zweitens in Sowjetrußland täglich

Einheitsfrontaktion gegen Hunger- und Papen-Diktatur

Genosse Wilhelm Pleck, Berlin spricht am Mittwoch, dem 2. November, in zwei großen Wahlkundgebungen, und zwar um 19 Uhr im „Edelstein“ in Waldenburg um 20 Uhr im „Försterhaus“ in Dittersbach. In diesen Kundgebungen wirken mit: Rote Sportler, Agitproptrupps und ein Frauenchor. Eintritt 30 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg. Werktätige, erscheint zahlreich in diesen Kundgebungen!

Einheitsaktion der Jugend gegen Arbeitsdienstpflicht

17 christliche, sozialdemokratische und kommunistische Jungarbeiter verlassen demonstriert das Arbeitsdienstlager in Kunzendorf und ziehen geschlossen in eine Kundgebung der KPD in Liebau

(Jungarbeiterkorrespondenz)
Waldenburg. Überall werden von den verschiedensten Organisationen (SPD, bis Nazi) Arbeitsdienstpflichtlager organisiert. So auch am 18. Oktober in Kunzendorf bei Liebau von der Technischen Nothilfe. Für das obengenannte Lager wurden insgesamt 52 junge Arbeiter aus den verschiedensten Orten des Kreises Waldenburg geworben.
Mit allerhand Versprechungen, wie z. B. gute, ausreichende Kost, nicht allzu viel Arbeit und der Dinge mehr ließen sich die jungen Arbeiter überreden und wurden nach Kunzendorf versandt.
Aber bald sollten sie erkennen, in wessen Hände sie geraten waren. Der Führer des Lagers ist ein gewisser Hauptmann von Stahl, welcher die Jungarbeiter empfangt und eine große Rede spricht, worin ein Satz sehr beachtenswert ist, der zu gleicher Zeit das wahre Gesicht des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes aufzeigt. Er führte aus:

Jetzt haben wir noch den freiwilligen Arbeitsdienst, doch bald kommt die Wehrpflicht, dann seid Ihr schon eingearbeitet!

Mit diesen Worten ist die Arbeitsdienstpflicht als das enthüllt, was sie ist, nämlich die verkappte Wehrpflicht. Des weiteren versuchte er an das „nationale Gefühl“ der jungen Arbeiter zu appellieren, indem er auf Rußland schimpfte.

Während in der Lagerordnung den jungen Arbeitern jede politische Betätigung verboten ist, kann es sich dieser Hauptmann von Stahl erlauben, großangelegte faschistische Vorträge zu halten. Jedoch hat er aber nicht mit der Kampfbereitschaft der jungen Arbeiter gerechnet. Als ankam der „guten Verpflegung“ nur ein halbes Brot und 1/4 Pfund Margarine pro Tag ausgeteilt wurden, als ankam der 8 Stunden 12 und 14 Stunden gearbeitet werden mußte, da setzte eine ungeheure Empörung ein in Form von Arbeitsverweigerung usw. Drei kampfbereite Jungarbeiter, darunter ein Jungkommunist, konnten daraufhin entlassen werden. Jedoch

durch das geschlossene Auftreten der übrigen Kollegen
gelang es, die Entlassung für kurze Zeit rückgängig zu machen.

Als der Hauptmann mit den jungen Arbeitern nicht mehr fertig wurde, holte er sich einen Reno-Wagen aus Landeshut, der erneut die drei Jungarbeiter maßregelte.

14 Jungarbeiter aus dem Lager erklärten sich mit den drei Gemäßigten solidarisch und verließen ebenfalls das Lager.

Diese 17 jungen Arbeiter, darunter SAler und christliche Jungproleten, haben erkannt, daß nicht die Arbeitsdienstpflicht das Elend der Jungarbeiter beseitigen wird. Sie werden mit den Jungkommunisten gegen faschistischen Arbeitsdienst und Wehrpflicht, für höhere Löhne, für Unterstellungen an alle Jungwerkerlosen, für warme Winterjacken, für gutes, billiges Essen, für ein Deutschland, welches seine Jugend nicht verkommen läßt, für ein Sowjetdeutschland kämpfen!

Zu obigem Bericht erfahren wir noch folgende Einzelheiten:
Zu der Eröffnung des Kunzendorfer Arbeitslagers erschien der Leiter der Landeshuter Technischen Nothilfe, Katasterdirektor Schluß, angehen mit schwarzem Gehrock, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz und dem Stahlhelmsabzeichen. Er sowohl wie Hauptmann Stahl hielten „markige“ Reden, so wie solche Herren das zu tun pflegen, von „Zucht und Ordnung“, von „wehrhaftem Geist“ usw.

Der Betrieb in diesem Lager ist weniger auf die produktive Arbeit, als auf militärischen Drill eingestellt! „Still gestanden!“, „Maulhalten!“, „Antworten Sie, wenn Sie gefragt werden!“, so schwirrt das nur so herum.

Die Dienstzeit beträgt täglich 9 Stunden (von 7—16 Uhr). Das ist aber noch nicht genug. Die Jungarbeiter müssen, wenn sie nach Hause kommen, noch mindestens zwei Stunden lang Kartoffeln schälen, Holz spalten und ähnliches mehr.

Eines Tages wurde den ganzen Tag bei strömendem Regen gearbeitet. Am nächsten Morgen mußten die nützigen durchnässten Kleider wieder angezogen werden. Die 17 Jungarbeiter, die geschlossen wegen der Maßregelung die Arbeit niederlegten, demonstrierten am dem Abend, an dem sie das Arbeitslager verließen, bis nach Liebau, und nahmen geschlossen an einer gerade stattfindenden Kundgebung der KPD teil. Einer der Jungarbeiter berichtete unter dem stürmischen Beifall der anwesenden Arbeiter über die soeben in geschlossener Front erfolgte Kampfhandlung.

Streiffront der Steinarbeiter unerschütterlich

(Steinwerkerkorrespondenz)
Waldenburg. Häßliche Berichte und Drohungen der Papen-Kreunde vergeblich, die Geschlossenheit der Steinarbeiter und Kammer zu untergraben. Es gibt Leute, die glauben, daß durch die anhaltende Hungerkatastrophe dem arbeitenden Volke das Denkmüßigen abhandeln abkommen ist. Solche Leute drehen sich wie eine Weiler-lahme im Winde und sehen fast immer Regenwolken an. Genau so wie Herr von Papen, gegenwärtig noch deutscher Reichskanzler, dem Volk durch Kundstücken eine autoritative Regierungsgestalt in schillernden Farben zu schildern mußte, haben doch alle Schaffenden erkannt, daß sie es mit einer Katastrophe zu tun haben. Ein Abgang von ihm scheint durch die Waldenburger Wilhelmstrasse in das Arbeitsamt eingedrungen zu sein. Besonders scheinen der Herr Kreisbauamt Feige und sein Oberbauamtbevollmächtigter Seimann für solch plänselnde Sachen Interesse zu haben.
Wenn es gegen die Arbeiter geht, sind sich alle „Beißeren“ einig. Jedenfalls steht fest, daß die schwarze Kamme immer vorhinst ist. Genau so wie auch Ihre fertigen sowie zukünftigen Leertüten, Herr Kreisbauamt, mit denen Sie jetzt die Steinarbeiter und Kammer zu

erschrecken versuchen. Es ist ja immerhin skrupellos genug, wenn zum Beispiel die Unternehmer die Notstandsarbeiten in höchst eigener Person ausführen, um so die Streikenden irre zu kriegen, aber von einem Baurat solche offene und versteckte Drohungen anzuhören, mit Teerkleber die Steinarbeiter und Kammer müde zu machen, ist eine kleine „Selbstüberhebung!“ Offentlich bekommen Sie und Herr Seimann einen recht großen Orden, vielleicht sogar höchst eigenhändig von Papen ausgehändig, mit der Widmung: „Für verdienstvolle Arbeit bei Abwägung des Steinarbeiterstreiks und Mithilfe zur weiteren Veredelung des Arbeitervolkes!“

Wir haben hier nur einigen Herren unsere Meinung sagen wollen. die ausschließlich von den Steuergrößen des schaffenden Volkes bezahlt werden, und die es für richtig hielten, gegen die Arbeiter Stellung zu nehmen. Tropallem werden die Streikenden auch weiter im Kampf verharren! Sie rechnen mit der Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung!



Los von Hitler!
Diese Massenbroschüre gehört zu dem besten Agitationsmaterial in der antifaschistischen Agitation. Sie ist geschrieben von ehemaligen Naziarbeitern, die voll Abscheu über die volksverderbliche Politik der NSDAP verließen. Die vielen Briefe und Erklärungen der SA- und SS-Männer, nationalsozialistischer Betriebszellenfunktionäre, die hier zusammengestellt sind, zeigen, wie das proletarische Klassengefühl der ehrlichen Naziproleten gegen die Mord- und Streikbruchbefehle der korrupten Naziführerelite rebeht. Das kommt in den Verlegungserscheinungen, Meutereien, Austritten und Ausschüssen, die überall an der Tagesordnung sind, am sinnfälligsten zum Ausdruck. Nehmen wir diese Broschüre und bringen sie massenhaft an die werktätigen Nazianhänger. Sie ist am besten geeignet, den Naziprolet über die wahre Rolle der NSDAP aufzuklären. Preis 10 Pfennig.